

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pro Quartal: 3,00 Mark, monatlich 1,00 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3,30 Mark pro Quartal. Abgenommen in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1898 unter Nr. 7578. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonietexte oder deren Raum 40 Pf., für Verbands- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 2. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Das Volk lernt.

Wenn wir die Angehörigen eines modernen Staats, das heißt eines Staats mit entwickeltem Kapitalismus, nach den Interessen gruppieren, so kommen wir zu dem Schluss, daß die ungeheure Mehrheit ein Interesse hat, dem kapitalistischen Produktionssysteme sobald wie möglich ein Ziel zu setzen, und daß nur eine winzige Minderheit von diesem System Vortheil, und folglich ein Interesse an seinem Fortbestande hat. Was insbesondere Deutschland betrifft, so kennt jeder die Lassalle'schen Fesseln. Heute aber sind diese Fesseln, die vor 35 Jahren, also zu Beginn der kapitalistischen Ära in Deutschland aufgestellt wurden, von der wirtschaftlichen Entwicklung weit überholt und ist das Verhältnis zwischen der besitzenden und ausbeutenden Minderheit einerseits und der nicht besitzenden und ausgebeuteten Mehrheit andererseits ein noch viel größeres. Und trotzdem erhellt aus den Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht — namentlich in Deutschland und Frankreich —, daß die überwiegende Mehrheit der Staatsangehörigen sich durch die Wahl kapitalistischer Kandidaten für das kapitalistische System ausspricht. Bei der Wahl des Jahres 1893 für den deutschen Reichstag waren es ungefähr drei Viertel sämtlicher Wähler, die für kapitalistische Kandidaten stimmten, obgleich höchstens ein Zehntel dieser Majorität ein Interesse an dem Fortbestand des Kapitalismus hatte. Und in Frankreich war es ungefähr ebenso.

Das wäre zum Verzweifeln, wenn eine Nebeneinanderstellung des Ergebnisses der Wahlen, die seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland und Frankreich stattgefunden haben, nicht ein stetiges Wachstum der antikapitalistischen Minderheit bekundete — ein Wachstum, das, durch unsere Erfolge auf dem Lande, den albernem Satz vom „antikollektivistischen Bauernschädel“ in nichts auflöst.

Wie kann überhaupt die Mehrheit eines Volkes sich über ihre Interessen täuschen, daß sie ihren Willen direkt gegen ihre Interessen setzt? Die Verantwortung der Frage ist nicht so leicht, als sie vielleicht auf den ersten Blick scheint. Das Beharrungsvermögen und die den Menschen angeborene Trägheit reichen zur Erklärung der Thatsache nicht hin. Diesen natürlichen Faktoren, die allerdings sehr mächtig sind, fügt sich noch der künstliche Faktor der Erziehung an, welche die herrschende Minderheit durch die Schule, die Kirche und die Presse, sowie im praktischen Leben den Staatsangehörigen, man kann sagen: von der Wiege bis zum Grabe angeeignet läßt — eine Erziehung, welche der Appell an den Egoismus und die Feigheit des Individuums mächtig unterstützt, so daß viel persönlicher Muth dazu gehört, sich dem Banne dieser Erziehung, die auf Verherrlichung der herrschenden Minderheit und ihrer Gesellschaftsordnung hinausläuft, zu entziehen.

So kommt es, daß die Masse in der Regel erst durch die Nothwendigkeit und durch die Noth zum Nachdenken und zum Bewußtsein ihrer wirklichen Interessen gebracht wird. Gefördert wird dieser Prozeß durch die Theilnahme am öffentlichen Leben, durch demokratische Einrichtungen und in erster Linie durch das allgemeine Wahlrecht, das dem Einzelnen die Möglichkeit giebt, seine Interessen im Staat zu vertreten. Mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts ist das deutsche Volk erst zur politischen Mündigkeit gelangt. Und das allgemeine Wahlrecht hat unser Volk politisch erzogen. Das zeigt uns die Reichstags-Wahlstatistik seit 1867. Welche Fortschritte in diesen 31 Jahren! Jede Wahl eine neue Etappe. Und das gilt in besonders hohem Grade von der diesjährigen Wahl.

Die Erziehung durch das allgemeine Wahlrecht hat in dem Zwischenraum zwischen dieser und der vorigen Wahl, also seit 1893 nach allen Richtungen hin die erfreulichsten Fortschritte aufzuweisen. Sämtliche Parteien oder Gruppen, die ihre Sache auf die Dummheit der Massen gestellt haben, sind in der diesjährigen Wahl über gescheitert. Es gilt das hauptsächlich von den Agrariern und deren Sandlängern, den Antisemiten. Diese so hegegegawissen Bauernlänger haben sehr schlechte Wahlergebnisse gemacht. Und der Verlust an Mandaten drückt noch lange nicht die ganze Größe ihrer Niederlage aus. Die Landbevölkerung hält zähe an Autoritäten fest, auch nachdem der Zweifel schon Wurzel gefaßt hat.

Und der Zweifel an den großmüthigen Rettern, die sich dem „Gründer Bauer“ und gewatter Handwerker aufgedrängt haben, herrscht überall in Bauern- und Handwerkerkreisen — auch da, wo die Wahrheit nicht schon erkannt ist: die Wahrheit, daß die Herren Retter nur sich selber „retten“ wollen, auf Kosten der „Geretteten“. Sind auch die Zustände und Stimmungen in den verschiedenen Theilen Deutschlands verschieden, so stimmen doch unsere sämtlichen Agitatoren und Wahlkämpfer darin überein, daß die Aufnahme, welche sie in den bäuerlichen und kleinstädtischen Kreisen gefunden haben, fast durchweg eine freundliche war. Eine Ausnahme bilden nur solche Gegenden, die dem Verkehr fern liegen und von den Herren „Rettern“ in geistiger Quarantäne gehalten werden konnten. Doch dieser abgelegenen Winkel giebt es nicht viele mehr, und in die abgelegenen dringt allmählig der Verkehr und die Erkenntnis.

Hierbei hat auch das Zentrum sich überzeugt, unter dessen Wählern es sich gar bedenklich regt und das nur durch den Schreck über die Fortschritte der sozialistischen Propaganda in katholischen Arbeiterkreisen zu dem unnatürlichen und selbstmörderischen Stichwahl-Bündnis mit dem National-liberalismus getrieben ward. Sonst heißt es: „mit einem Leichnam kann man sich nicht verbünden“ — die Angst des Zentrums vor der Sozialdemokratie war aber so groß, daß es die Weisheit dieses Sprichworts vergessen und seine Interessen einem Augenblickserfolg geopfert hat.

Gegen den neuen Schwindel des National-Sozialismus hat die Wählerchaft sich ebenso ablehnend verhalten, wie gegen den alten Schwindel des Stöcker'schen Scheiterhaufen-Sozialismus.

Das beste Reisezeugniß liegt freilich in der Thatsache, daß weit über ein Viertel der deutschen Wählerchaft seine Stimme für den Sozialismus abgegeben hat, den einzigen „Retter“ der Nothleidenden in Stadt und Land, welcher kein Schwindler, und dessen Liebe zu seinen Schülern nicht die Liebe des Volkes oder des Regiers zum Schafe ist.

Genug — das allgemeine Wahlrecht hat seine erzieherische Kraft trefflich bewährt, und der Haß unserer Junker und Junkerengenossen, die ihm deshalb den Tod geschworen haben, ist durch den Ausfall dieser Wahl wahrhaftig nicht vermindert worden.

Hätten wir Proportionalwahl, so würde die Sozialdemokratie allein, statt 56, ungefähr 120 Mandate besitzen, und dem Zentrum und den konservativen Parteien wären nur die Hälfte bis zwei Drittel der Mandate zugefallen, über die sie jetzt verfügen.

Bei keiner früheren Wahl ist die Anomalie unseres Wahlsystems so augenfällig zu Tage getreten wie diesmal — was darin seinen Grund hat, daß die Unterschiede der Bevölkerungszahl der einzelnen im Jahre 1867 eingerichteten Wahlkreise mit jedem Jahre größer werden müssen.

Und welche Verschiebungen haben die letzten dreißig Jahre gebracht. Man betrachte nur die 6 Berliner Wahlkreise, von denen heute einer achtmal so viel Wähler zählt als ein anderer, während vor dreißig Jahren alle sechs annähernd gleich waren.

Diese flagranten Mißstände, durch welche das allgemeine Wahlrecht gefälscht und in seinen Wirkungen abgeschwächt wird, genügen jedoch den herrschenden Klassen ebenso wenig, wie die politischen, polizeilichen und sonstigen moralischen und unmoralischen Nachmittel, durch welche das Volk an der Ausübung seiner Souveränität gehindert oder doch in der Ausübung beschränkt werden kann. Der Stein des Anstoßes muß aus dem Weg geräumt, die Quelle des Übels verstopft — das Wahlrecht vernichtet werden. Die Vernichtung hat natürlich einen anderen Namen. In dieser Zeit der Auflösung einer Welt ist die Wahrheit verpönt und die Wortschmünzerei, gleich anderer Falschmünzerei an der Tagesordnung. Die Vernichtung nennt sich „Verbesserung“, „Korrektur“.

Vor der Wahl nahmen die junkerlichen Umsturz-Ratten noch eine Maske vor und eine ehrbare Miene an. Auf Ehre! sie schwärmten für das allgemeine Wahlrecht — wie sie es „meinten“. Ist doch sogar das „elendeste aller Wahlgesetze“ — das für den preussischen Landtag — „allgemeines Wahlrecht“. Wie sie knurren und knappen, die „edelsten“ Umsturz-Ratten! Wie sie wühlen und pfeifen! Heiß! So wohl haben sie sich nicht gefühlt, die Patrone der Ohm, Pierjig und Gößehe, seit Gründung der „Kreuz-Zeitung“, die gestern ihr 50jähriges Jubiläum — das Jubiläum der Juni-Reaktion von 1848 — feierte. Der „Prinz“, später Wilhelm I., war ihnen zu monarchisch — absolutistisch zwar, aber zu wenig geneigt, ihnen „den Willen zu thun“. Und der zweite Hohenzollernkaiser — von der „Engländerin“ verdorben — „liberal“, sogar „fortschrittlicher Tendenzen“ verdächtig. Allein jetzt — jetzt sitzen sie im Rohr, die Herren Junker und schneiden Pfeifen. Warum nicht gleich aus dem Rohr des allgemeinen Wahlrechts ein Jagdpfeifen schneiden, mit dem das Volk gehetzt wird und nach dem es zu tanzen hat?

„Das allgemeine Wahlrecht ist die Revolution!“ „Das allgemeine Wahlrecht ist der Sieg des Sozialismus.“ „Was hilft Polizei, Sozialistengesetz, Putschkammer, wenn das Wahlrecht bleibt?“ — so pfeift und zischt es von allen Seiten aus den junkerlichen Rattenestern. Das Gleichheitsprinzip, wie es im allgemeinen Wahlrecht zum Ausdruck kommt, ist eine der verhängnisvollsten Tauschungen, zischt der „Reichsbote“, — das allgemeine Wahlrecht ist die Herrschaft des Unverstandes, ist der Untergang der Kultur, ist das Ende aller Dinge — so pfeift und zischt das umstürzlerische Ratten- und Junkerwölfe in der „Leipziger Zeitung“, in der „Schlesischen Zeitung“ und in Duzenden anderer Rattenester.

Wohlgemerkt, jetzt ist's nach der Wahl. Jetzt hat man den Wahrspruch des Volkes nicht mehr zu fürchten.

Und die Regierung? Das Volk lernt. Aber die Regierung? Regierung? Wer ist die Regierung? Was ist die Regierung?

Haben wir, seit Caprivi von den Ledert-Lühov-Tausch-Gefellen zur seidenen Schnur verurtheilt ward, eine seit definierbare Regierung in Deutschland?

Von dort kommt dem allgemeinen Wahlrecht keine Hilfe. Im Gegentheil. Dort rechnen die Umstürzler auf Hilfe. Schuk findet das Wahlrecht nur bei dem Volk.

Der Wahrspruch des 16. Juni, der die Großkornwucherer und Volksunterdrücker verurtheilte, war zum Glück auch ein Wahrspruch. Und das deutsche Volk, welches am 16. Juni so klar und so wichtig gesprochen, es wird seinen Spruch auch zu vollstrecken wissen, wird dem Satz Geltung zu schaffen wissen:

Der Wille des Volkes ist oberstes Gesetz!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juli.

**Die Beamten und die Sozialdemokratie.** Der Erlaß des Herrn v. Pöbelski, der die Postbeamten vor der Sozialdemokratie warnen sollte, ist nur ein Glied in einer Kette von ähnlichen Maßnahmen der verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden. Es verlaute, daß die Regierung entschlossen sei, auf der ganzen Linie und „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ gegen das Eindringen der Sozialdemokratie in die Kreise der Beamtschaft vorzugehen. Es heißt weiter, das Lösungswort zu diesem Kampfe gehe von einer gemeinsamen, maßgebenden Stelle aus, bei welcher der lebhafteste Wunsch bestehe, daß alle diese Maßregeln nicht, wie sonst häufig, auf dem Papier stehen bleiben, sondern thatkräftig und nachdrücklich durchgeführt werden; dieselbe maßgebende Stelle habe sich, um die Erfüllung dieses Wunsches zu sichern, einen fortlaufenden Bericht über die Wirkungen dieser Maßregeln eingefordert.

Ja, es verlaute sogar, der Kaiser wolle selbst einen Appell an die gesammte Beamtschaft richten.

Wir sehen diesem Appell und seinen Wirkungen sehr gleichmüthig entgegen. All das, was man jetzt unternimmt, was jetzt Herr v. Pöbelski gesagt hat und was andere Staatssekretäre vielleicht noch sagen werden und was selbst etwa der Kaiser noch in dieser Sache thun möchte, all dies ist nicht neu und schon längst an der Beamtschaft probirt worden.

Weil man gerade bei der letzten Reichstagswahl die bisherigen Versuche als gescheitert erkannt hat, weil man es da erleben mußte, daß viele viele tausende Beamte sozialdemokratisch gewählt haben, darum jetzt neue, doppelt eifrige Bemühungen. Aber was bisher nicht wirkte, wird auch in Zukunft nicht wirken.

Die Angestellten des Staates werden es trotz aller Erlasse nicht verstehen können, warum sie eine Partei, die für Verbesserung ihrer Lage stets eingetreten ist, hassen sollen und warum sie einen Staat, der sie oft genug höchst stiefväterlich behandelt, besonders lieben sollen. Die Angestellten des Staates werden es nicht verstehen, daß man von ihnen verlangt, sich ihrer politischen Meinungsfreiheit und ihres Wahlrechts zu entäußern, als hätten sie mit ihrer Arbeitskraft auch ihre Ueberzeugung verkauft.

Die mannigfaltigen und eifrigen Bemühungen der Regierung gegen die Durchdringung des Beamtenthums mit sozialdemokratischen Anschauungen machen gerade auch die bisher gleichgiltigen Elemente auf die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen aufmerksam. Mißbegierde und Rechtsinn der Reichs- und Staatsangestellten führen dann dahin, daß die Sozialdemokratie immer tiefer in ihnen Wurzeln schlägt.

Also man fahre nur fort mit diesen Bekämpfungsmethoden. Dadurch treibt man die Beamten wohl dazu, ihre wirkliche Ueberzeugung in der Tiefe ihres Herzens zu verbergen, aber ausrotten wird man sie auf diese Art am wenigsten. Der „fortlaufende Bericht“, der an die maßgebende Stelle erstattet werden soll, mag dann stets sehr rosigke Schilderungen über die Abkehr der Beamten von der bösen Sozialdemokratie entwerfen und es mag Freude im Kreise der obersten Staatsämtern und in den Palästen der Mächtigen, — aber, wenn wieder ein Tag der Wahl des Volksurtheiles kommt, dann fallen neue zehntausende von Beamten-Stimmzetteln in die Urne, auf denen nicht der Name des „Ordnungs“-Kandidaten zu lesen ist.

**Die Großkornwucherer und Wahlrechtsattentäter** werfen in der „Kreuz-Zeitung“ uns wieder einmal vor, „wir verschleierten unsere Ziele“. Gätte das Volk unsere Ziele gekannt, so hätten wir nicht über zwei Millionen Stimmen bekommen. Der ertappte Taschendieb schreit bekanntlich am lautesten: Haltet den Dieb! Was die Ziele der Sozialdemokratie sind, weiß jeder, der lesen und denken kann. Wann und wo hat aber die Partei der „Kreuz-Zeitung“ ihre „wahren Ziele“ enthüllt? Wann und wo hat sie ehrlich gesagt, was sie will? Und wie hätte sie es gekonnt? Gätte die Partei der Großkornwucherer und Wahlrechtsattentäter ihre „wahren Ziele“ den Wählern verrathen, sie hätten sammt ihren Spießgesellen in ganz Deutschland keine 100 000 Stimmen bekommen — nämlich nur ihre eigenen und die ihrer Spießgesellen. —

### Deutsches Reich.

**Das Verhältnis des Freisinn zur Volksschule** erfährt in der „Völk. Ztg.“ eine Beurtheilung, die Herr Richter für die nächste Auflage seines ABC-Buches aufheben sollte. Der Umstand, daß bei den diesmaligen Reichstagswahlen besonders auf freisinniger Seite eine ganze Reihe von Schulmännern unter den Kandidaten waren, sei in Lehrerkreisen verschieden beurtheilt worden. Optimisten hätten darin einen Erfolg der Lehrerschaft erblickt und es der Partei hoch angerechnet, daß sie endlich ihr oft gepredigtes Interesse für Schule und Lehrerschaft nun durch die That beweisen wolle. Pessimisten dagegen, nament-



lich Personen, die seit Jahren in der politischen Bewegung stehen, hätten sich dieser Ansicht nicht anschließen mögen. Sie hätten vielmehr in der verhältnismäßig großen Zahl von Lehrkandidaten einen Beweis dafür gesehen, daß es mit den Parteien, die sich mit besonderer Vorliebe freisinnig nennen, abwärts gehe, und zwar seien sie zu diesem Schluß gelangt, lediglich aus dem Grunde, weil ihnen dies Entgegenkommen zu ungewohnt erschien und sie dasselbe mit den früheren Gepflogenheiten der Partei nicht in Einklang bringen konnten. Die „Päd. Ztg.“ erwartet, daß diese Vorliebe für Lehrkandidaten nun auch bis zu den Landtagswahlen anhält, fügt aber hinzu: „Oder wird man uns dann wieder vergeblich anlocken lassen? Wird man wieder die sicheren Plätze für die alten Herren reservieren, für die bekanntlich die Last eines Reichstags-Mandats zu schwer ist? Wir werden ja sehen! Viel Hoffnung spricht nicht aus diesen Worten. Daß man in der That allen Grund hat, den Verprechungen des Freisinnigen speziell in bezug auf die Volksschule und die Volksschullehrer zu misstrauen, das hat ja die Haltung der freisinnigen Vorkämpfer bei der Berliner Lehrgesellschafts-Regelung bewiesen. Die „Päd. Ztg.“ deutet sogar an, daß die neuesten Wahlerfolge, die der Freisinn mit Hilfe schulfreundlicher Parteien durchgesetzt hat, vielleicht um den Preis der Schule erreicht worden seien. Man sieht, was die Lehrerschaft bei dem Freisinn bereits für möglich hält. —

**Professor Hünel**, der freisinnige Abgeordnete für Ael, hat seine Rede vor dem Reichstag mit einer so sozialistenfresserischen Rede gefeiert, daß er den höchsten Beifall der „Kosk.“ findet. Das Blatt des Freisinnigen von Saarabien ist ganz entzückt über den freisinnigen Umsturzwortführer.

Nebrigens lennt man den Herrn Professor längst als Verfasser aller möglichen exorbitanten Maßregeln. Er ist es gewesen, der bereits 1878 bei Verathung des Sozialistengesetzes die brutale Niederknüttelung der sozialistischen Ideen durch eine Verschärfung des Strafgesetzes von der Art des späteren Köllerschen Umsturzes verlangt hat. Wahrscheinlich eine Leuchte des „Freisinn“, deren Glanz da wieder im Reichstag aufgeht.

**Der Berliner Korrespondent der „Hamb. Nachr.“** sendet seinem Blatte von neuem eine telegraphische Antwort auf unsere Darlegung, daß selbst vom Standpunkt der Feinde der Sozialdemokratie ein Ausnahmengesetz sinnlos sei. Der Herr möchte gar zu gern recht behalten. Oder, trauen wir ihm zu, er weiß, daß er nicht recht hat, aber er darf das Hamburg-Friedrichsruher Blatt nicht anders bedienen. Thatsächlich ist er durch unsern zahlenmäßigen Nachweis ganz in die Klemme gerathen. Er sucht sich nun zu helfen, indem er die unsinnigsten Rechenschuldschindereien macht. Er vergleicht nicht mehr das Wahagen der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz mit dem Wahagen der Partei nach dem Sozialistengesetz, sondern er zieht im Handumdrehen die Zeit von 1887—1890, wo also gerade der Umsturz über das Sozialistengesetz besonders für uns wirkte, von der sozialistengesetzlichen Zeit ab und rechnet sie zu der nachsozialistengesetzlichen Periode. Mit solchen Kibdereien lohnt es sich nicht länger zu rechten.

Die Herren von den „Hamb. Nachr.“ werden sich auch wohl selbst sagen, daß sie mit derartigen „Beweisen“ der Reichstagsmehrheit nimmermehr imponieren können. —

**Die Heilbronner Unruhen** erweisen sich immer mehr als die Folgen Hegelmaier'scher Unachtsamkeit, um kein treffenderes Wort zu gebrauchen. Es stellt sich immer deutlicher heraus und die bürgerlichen Zeitungen müssen das jetzt selbst zugeben, daß die ersten Depeschen und Heftartikel, die von Hegelmaier selbst veranlaßt waren, die ganzen Vorurtheile total unrichtig dargestellt hatten. Die Sache wird bei genauer Untersuchung sich als etwas ganz anderes, keineswegs aber als sozialdemokratische Ausschreitungen darstellen. Bis heute ist noch kein Mitglied der sozialdemokratischen Partei in Haft. Ein Theil der Verhafteten ist bereits polizeilich abgewiesen, diejenigen, welche „Kittler hoch!“ gerufen hatten, wurden bestraft. Von einer Bestrafung solcher, die Hegelmaier hoch leben lassen, ist bis jetzt nichts bekannt geworden. — Um die unangenehmen Folgen für die Inhaftirten etwas weniger fühlbar zu machen, hat eine Anzahl Heilbronner Bürger sich veranlaßt gesehen, folgenden Aufruf zu erlassen: „Durch die zahlreichen Verhaftungen vom Freitag und Samstag sind viele unbemittelte Familien ihrer Ernährer beraubt. Große Noth sieht in den einzelnen Familien bevor oder ist bereits eingetreten. Wenn auch zum Theil Selbstverschulden vorliegt, so kann man doch die Frauen und Kinder nicht dafür büßen lassen. Wir bitten daher opferwillige Menschen, ihr Scherlein dazu beizutragen, daß bis zur Rückkehr der Ernährer die Familien über Wasser gehalten werden.“ — Das Vorgehen des Militärs wird allgemein verurtheilt und hat dem Landtags-Abgeordneten der Stadt Heilbronn, Vey, Gelegenheit gegeben, folgende Interpellation an den Minister des Innern einzubringen:

„Ist der Herr Minister des Innern bereit, Auskunft darüber zu geben, ob es richtig ist, wie behauptet wird, daß bei den Wahl-Ergebnissen in Heilbronn am Abend der Stichwahl, 24. Juni, Ausschreitungen und Sachbeschädigungen von Seiten der Demonstranten erst dann erfolgt sind, als diese durch das Erscheinen des Oberbürgermeisters und Eingreifen der Feuerwehrr zu gereizt wurden, und ist dem Herrn Minister weiter bekannt, daß am darauf folgenden Abend, am 25. Juni, das herbeigerufene Militär in brutaler Weise gegen harmlos heimkehrende Bürger und Personen verfuhr und selbst Frauen nicht verschonte?“

**Zur Ausführung des Margarinegesetzes.** Der Stadtrath zu Weerane (Sachsen) hatte eine Bekanntmachung erlassen, die ähnlich wie in Würzburg und Schweinfurt, unter Strafandrohung forderte, daß Brot- und Backwaren, die unter Verwendung von Margarine, Kunstbutter, Weizel u. s. hergestellt werden, als solche durch einen im Verkaufsladen angebrachten, leicht sichtbaren Anschlag zu bezeichnen sind. Ein Väter, der zur Herstellung von Kuchen Margarine verwandte und einen solchen Anschlag nicht angebracht hatte, wurde deshalb mit Strafe belegt. Das sächsische Oberlandesgericht in Dresden erkannte jedoch auf Freisprechung, und die Kosten sämtlicher Instanzen wurden der Staatskasse zur Last gelegt. Die jetzt publicirte Urtheilsbegründung führt aus, daß das Gesetz vom 15. Juni 1897 den Verkehr mit Margarine regelt und jene verkehrs-polizeiliche Verfügung umfomehr nicht zu Recht bestehe, als der Gesetzgeber die in der Bekanntmachung des Stadtrathes zu Weerane bezeichnete Art absichtlich nicht habe treffen wollen; aus der Begründung des Gesetzes gehe hervor, daß die Verathung desselben derartige Anträge gestellt, aber nicht angenommen worden seien. —

**Primaner als Politiker.** Der „Auhorster Zeitung“ gehen aus der Prima des dortigen Realgymnasiums folgende Zeilen zu: „Nicht nur einige Oberprimaner, sondern die ganze Prima hat dem Kommerzienrath Herrn Theodor Müller ein Glückwunsch-Telegramm übersandt, das folgenden Wortlaut hatte: Dem neuen Vertreter des Wahlkreises ein donnerndes Hoch! Die Prima des Realgymnasiums zu Auhorst.“ In späterer Abendstunde kam noch ein Antworttelegramm des Herrn Kommerzienraths, das lautet: „Den patriotischen Primanern herzlichen Dank für freundlichen Glückwunsch. Es ist sehr erfreulich, daß die Jugend wieder dem öffentlichen Leben ihr Interesse zuwenden.“ Müller.

Wenn junge Menschen, die noch auf der Schulbank sitzen, sich für national-liberale Politik aussprechen, so ist das dem Herrn Müller und Kommerzienrathsgenossen sehr willkommen. Wenn aber junge Arbeiter, die ihren Lebensunterhalt bereits selbst erwerben, sozialdemokratische Gefinnungen bekunden, so wird ein mördischer Spektakel erhoben über die Verwilderung der Jugend, die sich nicht um Politik zu kümmern habe. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Während Trunkelei bei Nothbedürfnissen und Verbrechen noch immer als ein Strafmißbrauchsgrund angesehen wird, gilt das bei Majestätsbeleidigungen wohl nie, was all denen immer wieder zur Warnung vorgehalten werden muß, die ihrer Junge nicht Herr sind, sobald sie etwas zu tief ins Glas gedunkt haben. Als ein Exempel dieser Art darf eine Verhandlung dienen, die heute vor der ersten Strafkammer

am Landgericht II stattfand. Der Maurer Eduard Wienke aus Friedrichsberg war wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Derselbe kam ab und zu zu einer Frau Peteren zum Besuch. Eines Tages war er angetrunken und ließ in diesem Zustande grobe Beleidigungen gegen die Person des Kaisers aus. Nachdem er sich mit der Frau Peteren verabschiedet hatte, zeigte ihn diese an. Die unter Aufsicht der Öffentlichkeit geführte Vernehmung ergab zwar, daß der Angeklagte stark angetrunken gewesen war, dies konnte ihn aber in den Augen des Gerichtes weder straflos machen, noch einer milderen Beurtheilung empfehlen. Das Urtheil lautete auf sechs Monate Gefängniß.

**Unsere herlichen Kolonien.** Das handelsstatistische Bureau zu Hamburg stellt soeben die Einfuhr und Ausfuhrziffern von Hamburg nach den deutschen Kolonien für das Jahr 1897 mit. Dabei ist zu bedenken, daß der Handelsverkehr zwischen Deutschland und seinen Kolonien fast ausschließlich über Hamburg geht, daß also die Ziffern des Hamburger handelsstatistischen Bureaus die wirtschaftliche Entwicklung, oder sagen wir gleich richtiger: den wirtschaftlichen Stillstand der deutschen Kolonien gemügend beleuchten. Es betrug die Einfuhr aus:

Deutsch-Westafrika	1897 D.-G.	63 321 = 3 088 050 M.
1896 D.-G.	96 891 = 3 378 940	
1895 D.-G.	117 114 = 3 776 440	
Deutsch-Südwest-Afrika	1897 D.-G.	1 663 = 83 610 M.
1896 D.-G.	8 327 = 94 800	
1895 D.-G.	154 = 15 020	
Deutsch-Ostafrika	1897 D.-G.	1 917 = 97 720 M.
1896 D.-G.	4 200 = 1 048 080	
1895 D.-G.	2 081 = 542 490	

Aus Neu-Guinea wurde überhaupt nichts nach Deutschland eingeführt, kaum nennenswerthes aus dem Bismarck-Archipel. Die Ausfuhrziffern nach den deutschen Kolonien sind folgende:

Deutsch-West-Afrika	1897 D.-G.	116 588 = 4 267 750 M.
1896 D.-G.	99 406 = 3 294 750	
1895 D.-G.	82 671 = 2 790 060	
Deutsch-Südwest-Afrika	1897 D.-G.	91 347 = 3 635 370 M.
1896 D.-G.	31 719 = 2 405 190	
1895 D.-G.	15 790 = 1 432 800	
Deutsch-Ostafrika	1897 D.-G.	24 558 = 1 587 290 M.
1896 D.-G.	59 558 = 1 831 490	
1895 D.-G.	31 380 = 1 569 030	
Bismarck-Archipel	1897 D.-G.	1 242 = 118 110 M.
1896 D.-G.	8 343 = 153 900	
1895 D.-G.	551 = 73 180	
Neu-Guinea	1897 D.-G.	332 = 6 640 M.
1896 D.-G.	351 = 22 470	
1895 D.-G.	588 = 39 000	

Diese Ziffern zeigen, daß von einer stetigen aufsteigenden Entwicklung des Handelsverkehrs mit den Kolonien nach wie vor keine Rede ist. Dafür wächst aber der Kolonialetat des Reiches, den die Steuerzahler aufbringen müssen, immer mehr an.

### Oesterreich.

**Der Ausnahmezustand in Galizien.** Die 33 Bezirke, über die der Ausnahmezustand verhängt ist, umfassen ganz Westgalizien und einige ostgalizische Landstriche mit im ganzen 2 800 000 Einwohnern. Es wird gemeldet: „Alles ist jetzt in Ordnung.“ Schöne „Ordnung“, die mit Standrecht und Unterdrückung jedes freien Wortes hergestellt wird. Aus Krakau wird telegraphirt: Auf Grund des Ausnahmegesetzes verbot die Polizei das weitere Erscheinen der hiesigen sozialistischen Blätter. Andere Blätter erhielten den Auftrag, das Pflichtexemplar bereits drei Stunden vor dem Erscheinen der Behörde einzureichen. In ganz Galizien herrscht andauernd Ruhe, trotzdem ist an eine baldige Aufhebung des Standrechtes nicht zu denken, da in dem Bezirk Limanowa noch mehrere tausend Bauern sich in den Wäldern und Gebirgen versteckt halten.

### Schweiz.

**Jürich, 30. Juni.** (Sig. Ver.) Bezüglich des am nächsten Sonntag zur Volksabstimmung gelangenden Advokaturgesetzes ist die Arbeiterschaft gespalten: eine Mehrheit ist für Verwerfung, eine Minderheit für Annahme. Nach der Auffassung der Mehrheit steht das Gesetz prinzipiell im Widerspruch mit dem ganzen Rechtsorganismus des Kantons Jürich und außerdem sei es auch unzuweckmäßig. Die bezügliche Materie soll vielmehr im neuen Rechtsorganismus in organischer Weise geregelt werden. Den § 5 bezüglich der Zulassung der Frauen zur Advokatur will auch die Mehrheit annehmen, aber er ist gegenstandslos, sobald das Gesetz verworfen wird. Dieser Umstand ist aber mit ein Grund für die Minderheit, auch das Gesetz anzunehmen. Die übrigen drei Referendumsvorlagen will die Arbeiterschaft einstimmig annehmen.

Im Kanton Thurgau findet am nächsten Sonntag ebenfalls eine Volksabstimmung statt, und zwar über ein neues Steuergesetz, welches die Tendenz hat, die besitzlosen Klassen zu entlasten und die besitzenden Klassen durch schärfere Progression beim Einkommen und Vermögen etwas mehr zu belasten. Das Gesetz fixirt ein steuerfreies Existenzminimum von 600 Fr., führt aber eine Personallsteuer ein, welche 60 Cts. beträgt bei einer Vermögenssteuer von 0,6% und dann steigt auf 1 Fr. bei 1%, auf 2 Fr. bei 2% Steuer u. s. w. Während bisher die Grund- und Hausbesitzer die darauf lastenden Schulden versichern mußten, wird nach dem neuen Gesetze der mittlere Ertragswerth des Bodens als Grundlage für die neue Vermögensabstufung angenommen. Die organisierte Arbeiterschaft tritt für Annahme des Gesetzes ein.

**Bern, 30. Juni.** (Sig. Ver.) Der Kampf um die Kinderhände, den die ebenso ausbeutungswilligen wie resistenten Tessiner Seidenbarone seit 2 Jahren gegen das Fabrikgesetz führten, ist vom Bundesrath zu ihren Ungunsten und hochentlich definitiv entschieden worden. Handelskammer, Gemeindebehörden, Kantonsregierung, Arbeitervereine, die offenbar unter kapitalistischem Einfluß stehen, und die Arbeiter einer Reihe von Fabriken sowie die Fabrikanten selbst befürmten in einem Duzend Eingaben den Bundesrath, daß er doch um Gotteswillen den armen Seidenbaronen auch fernerhin und bis ans Ende der Welt die Ausbeutung der Kinder unter 14 Jahren gestatten möchte, andernfalls alles zu Grunde ginge. Die mit zusammen 995 Unterschriften bedeckten Petitionen der Arbeiter und Arbeiterinnen aus vier Fabriken erinnern an den gleichen alten Schwindel, den vor bald hundert Jahren die englischen Kapitalisten praktizierten und der dann bei der parlamentarischen Enquete so schön entfällt und beklammert wurde. Der Bundesrath hatte die Fabrikinspektoren mit der Begutachtung der Angelegenheit betraut, die dann einen längeren und interessanten Bericht im Sinne der Abweisung der Fabrikantenwünsche erstatteten. Wir erwähnen daraus nur, daß 1895 unter 1052 in den Tessiner Seidenfabriken beschäftigten Personen nur 75 Kinder unter 14 Jahren waren, wovon 68 Italienerinnen, eine Fabrik beschäftigte überhaupt kein Kind unter 14 Jahren; heute sind von ca. 1200 Arbeitern 150 unter 14 Jahren, wovon 83 Italiener beiderlei Geschlechts. Das Fabrikinspektorat erinnert in sehr wirksamer Weise daran, daß dieselben Fabrikanten schon 1878 den „sofortigen Ruin der Tessiner Seidenindustrie“ prophezeiten, wenn auch für sie der 11 stündige Arbeitstag gelten sollte. Ferner wird der 1894 gethane Anspruch eines Tessiner Seidenfabrik-Direktors angeführt, wonach es gar kein Vortheil sei, Kinder unter 14 Jahren zu beschäftigen. Es wird sodann auf die längst veraltete Arbeitsmethode in den Tessiner Seidenfabriken hingewiesen, welche doppelt so viele Kinder erfordert, als die neuere Methode. Dann fragt das Gutachten: Was machen denn die Kinder von 14—16 Jahren? Die finden eben besser bezahlte Arbeit, denn in den Seidenfabriken betragen die Tageslöhne nur 30 Cts. bis 1,20 Fr. Es wird ein Einwand nach dem andern gepflückt und gefragt: „Mit welchem Gewissen könnte in Zukunft die Schweiz vor die anderen industriellen Staaten mit Vorschlägen der internationalen Regelung der Fabrikgesetzgebung hinstreten, wenn sie selbst in Hinderschuß im

Rückschritt begriffen wäre! Und zu welchem Zwecke würde diese Rücksicht gelbt? Zur Erhaltung einer Industrie, in welcher sich nach der Ansicht kompetenter Personen die Arbeiter mit Löhnen von 30 Cts. bis 1,20 Fr. pro Tag begnügen müssen.“ Der Bundesrath wies denn auch das Duzend gemachter Gesuche zurück und haben nimmermehr auch die zuchtlosen Tessiner Ausbeuter auf die Kinder unter 14 Jahren zu verzichten. Es wird aber fleißige Kontrolle nöthig sein, wenn nicht trotzdem die Fabrikarbeit dieser schulpflichtigen Kinder fortauern soll. —

### Frankreich.

**Paris, 30. Juni.** Ueber die Programmklärung des neuen Ministeriums, von der wir gestern bereits unter den „Lezten Nachrichten“ und „Depeschen“ ein kurzes Resumé gaben, liegt jetzt eine ausführlichere Depesche vor. Die Erklärung, welche vor dicht belegtem Hause von Briffon selbst verlesen ward, gedankt zunächst des Kammervertrages, welches bedeutet habe, die Kammer wolle den Zusammenschluß der Republikaner lediglich, damit diese die Republik regieren. Das Kammet wolle dieses Votum zur Ausführung bringen. Indem das Kammet seine Bestrebungen fest eingrenze, wünsche es, daß das Kammet sich hauptsächlich mit zwei Grundreformen beschäftige: Erstens mit der Steuerreform. Das Kammet werde die Abschaffung der Personal- und Mobilar-, sowie der Zölle- und Fenstersteuer vorschlagen und die Erhebung derselben durch eine Einkommensteuer, die sich richtet nach den äußerlich erkennbaren Anzeichen des Vermögens, wobei eine Verlastigung und inquisitorische Ausforschung ausgeschlossen sein solle. Diese Steuer werde degressiv sein, um die kleinen Steuerzahler zu entlasten. Die zweite Reform werde die Frage der Altersversorgung der städtischen und ländlichen Arbeiter betreffen. Unabhängig von diesen beiden Hauptreformen werde die Regierung Gesetzesentwürfe betreffend die Erbschaftsteuer, die Reform der Getränkesteuer und die Schaffung von Landwirtschaftskammern vorschlagen. Die Regierung werde ihr ökonomisches System, dessen Stabilität für Industrie und Handel unerlässlich sei, loyal zur Anwendung bringen. Die Regierung wird Mittel in Erwägung ziehen, um die Anzeichen der Spekulation, welche der Industrie, dem Ackerbau und dem Handel schädlich sind, zu beschränken. „Entsprechend den von Ihren Vorgängern übernommenen Traditionen“, fährt die Erklärung fort, „wollen auch Sie die Verteidigungsmittel des Landes auf den Gipfelpunkt der Vollkommenheit bringen! Keine Opfer sind zu groß, wenn das Land weiß, daß alle Mittel, welche den Verwaltungen des Krieges und der Marine gewährt werden, auch wirklich zur Vermehrung der Macht unserer Flotte und unseres Heeres, dieser beiden Lieblingskinder unseres Vaterlandes, dienen. Die Regierung wird Sie ersuchen, baldigt über die Frage der Kolonialarmee zu beschließen, um die Verteidigung unserer Kolonien sicher zu stellen. Zudem muß die Auswanderung intelligenter und kapitalstärkender Leute nach den Kolonien gefördert werden. Fern sei haltend an einer Allianz, welche populär und durch die Zeit bereits geheiligt ist, wird unsere auswärtige Politik von dem nationalen Geiste durchdrungen bleiben, in dem dieser große Akt geschlossen wurde. Die auswärtige Politik der Regierung wird den Patriotismus, die Moral und die materiellen Interessen Frankreichs mit gleicher Wachsamkeit schützen. Ebenso werden wir das Land für jene große Veranstaltung des Friedens, die Weltausstellung, vorbereiten. Die Regierung sichert jeder Meinung gleiche Achtung zu; sie verpflichtet sich, einer jeden gleiche Freiheit und gleiche Gerechtigkeit zu gewähren, und sie erkennt den Nutzen der Opposition an.“ „Wir sind nur der Ansicht“, fährt die Erklärung fort, „daß es unsere Pflicht sein wird, den Segnern eines von der Nation gewollten Regierungssystems und denjenigen, die es angenommen haben, um seine Grundgesetze besser bekämpfen zu können, keinerlei Einfluß auf die Regierung der Republik einzuräumen. Wir werden uns energisch gegen jeden Versuch vertheidigen, welcher einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Landgesellschaft und der Suprematie der bürgerlichen Gewalten bedeutet. Wir werden von allen Zweigen der Verwaltung fordern, daß sie sich diesen Prinzipien anschließen.“ Die Erklärung schließt mit einem Appell an alle Republikaner, die Aufgabe des Kammetts zu erleichtern.

Die Erklärung wurde von der Linken mit Beifall aufgenommen, während die Rechte und das Zentrum an mehreren Stellen ihr Mißfallen äußerten.

An die Erklärung knüpfte sich sofort eine Debatte. Eine Interpellation (Castellin's) über die Dreyfus-Sache wird auf nächsten Donnerstag verlegt. Hierauf interpellirt der „Progressiv“, d. h. verlappte Mündchritter Krauz über die Politik des Kammetts und sagt, Meline würde auch die Erklärung des Ministeriums unterzeichnen können. Unterbrechungen auf der Linken. Krauz fragt, was die Radikalen aus ihrem Programm gemacht hätten und weshalb sie auf die Gesamt-Einkommensteuer und auf die Revision der Verfassung verzichteten? (Krauz sagt hinzu, die von der Regierung vorgeschlagene Steuerreform sei sehr annehmbar, bezieht jedoch, die Regierung sei eine Regierung der Theilung und des Kampfes. (Beifall im Zentrum; Widerspruch auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Briffon erwidert, die Regierung sei auf Grund eines Votums der Kammer gebildet worden, und die Kammer werde sich äußern darüber, ob sie ihr Votum wiederholen wolle. Neben verlangt von der Kammer Verleiner und sagt, die Regierung werde den Segnern der Republik keinerlei Einfluß einräumen. Er finde es jedoch befremdlich, daß man ihm den Vorwurf gemacht habe, dem Programm der Progressivisten einen Schritt entgegengekommen zu sein. Briffon schließt, er verwerfe eine Politik, welche die Gegner der Republik unterstütze. (Beifall auf der Linken.) Déroulède erklärt, er werde die Regierung unterstützen, weil der Kriegsminister Cavaignac sich über die Dreyfus-Angelegenheit klar ausgesprochen habe. Cavaignac erwidert, seine Kollegen seien ebenso entschlossen wie er, den großen nationalen Interessen Achtung zu verschaffen. (Beifall.) Ribot wirft Déroulède vor, daß er die Debatten zu einer Angelegenheit einzelner Personen herabwürdigte. (Zwischenruf) Ribot fährt fort, die Regierung habe das progressivste Programm angenommen; es gebe jedoch auch eine Möglichkeit, außerhalb eines Programms zu regieren; aber es sei unmöglich zu gestatten, daß die Regierung sich auf die Sozialisten stütze. (Beifall.) Viviani (Soz.) greift die Politik des letzten Ministeriums an und biligt es, daß Briffon die republikanischen Ueberlieferungen wieder aufgenommen habe. Briffon erklärt, er erlebe die Beschäfte der Sozialisten nicht an. Beauregard (Progressiv) ergreift inmitten großer Lärmes das Wort. Er tadelt die Radikalen, weil sie ihre Fahne verdeckten. Darauf wird die Verabingung geschlossen. Eine Tagesordnung Tardieu-Beauregard, welche die Erklärungen der Regierung billigt, wird mit 316 gegen 230 Stimmen angenommen. (Langanhaltender Beifall auf der Linken.) Lasserre verlangt, daß der Tagesordnung die Worte hinzugefügt werden: „Um eine Politik anzuwenden, welche die progressivste Gesamt-Einkommensteuer auschließt.“ Briffon verwirft den Zusatz, der darauf mit 314 gegen 251 Stimmen verworfen wird. (Lauter Beifall.) Sodann wird die Sitzung aufgehoben.

Ueber die Erklärung des neuen Ministeriums ist noch nichts zu sagen. Wie man sieht, beobachtet ihm gegenüber unsere Genossen eine ähnliche Taktik der Reserve, wie vor zwei Jahren gegenüber dem Ministerium Bourgeois.

Die nämliche Erklärung ward auch im Senat verlesen. Es kam dort aber nicht zu einer Debatte. Die Majorität des Senats ist der neuen Regierung ebenso wenig gewogen wie weiland dem Ministerium Bourgeois. —

### Belgien.

**Von einer Sozialreform** ist auch in Belgien erst seit der Zeit etwas zu verspüren, seitdem im Parlament Sozialdemokraten sitzen und schonungslos die sozialen Mißstände aufdecken und auf Abhilfe drängen. So ist in der letzten Session das von sozialdemokratischer Seite angeregte Gesetz über die Beaufsichtigung der Verwerke durch Arbeitervertreter zu stande gekommen, wenn es auch nicht in vollem Umfange dem von den Sozialisten Geforderten entsprach. Wie es bei Verathung dieses Gesetzes zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitervertretern und der liberal-konservativen Rechten gekommen ist, so wird es auch in der nächsten Session geschehen, wenn die Regierung die bereits von ihr



Der Erfurter Kravall vor Gericht.

Die Verhandlungen über den Auftragsprozess, dessen Vorgeschichte wir in der Mittwochsnummer wiedergeben, begann am Donnerstag Vormittag vor dem Schwurgericht zu Erfurt.

Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Matthes. Beisitzende Richter sind die Landgerichtsräte Dr. Jacobson und Pfannhagen. Amtsgerichtsrath Sillich ist als Hilfsrichter berufen. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Wipperfurth. Die Verteidigungsführen die Rechtsanwälte Mohr, Anderies, Poppe, Schneid, Wallach, Weigelt und die Referendare Sommerlatte, Dürfenhagen, Winkler. Auf den Anklagebänken befinden sich 24 Personen, die mit großen Ziffern beschriftet sind. Neun von den Angeklagten sind unbefohlenen; die übrigen sind vorbestraft, zum Theil wegen schwerer Eigenthumsdelikte.

Nach Auslesung der Geschworenen stellt Rechtsanwalt Wallach den Antrag auf Ladung der Stadtrathsrathen Rebs, Möller und des Kreisverwalters Rebe, welche beklunden sollen, daß Polizeibeamte bei dem Kravall am Wilhelmplatz sich provozierend benommen haben. Rechtsanwalt Schneid beantragt die Ladung des Bruders vom Angeklagten Schaubung.

Derselbe soll bekunden, daß der Angeklagte ein durchaus friedliebender Mann ist, der sich „fogar“ feinerzeit von dem umfangreichen Maurerstreik ferngehalten habe. Rechtsanwalt Anderies wünscht die Vernehmung des Prokuristen Schwedhelm, Eisenbahn-Sekretärs Voigt, Kaufmanns Kühne, welche beklunden sollen, daß der Polizeifergeant Flude auf ruhig ihres Weges gehende Straßenpassanten mit der Waffe geschlagen. Der Staatsanwalt hat gegen die beantragte Jugendladung prinzipiell nichts einzuwenden, beantragt aber auch den Regierungspräsidenten v. Brauchitsch zu laden, der aus eigener Wahrnehmung bekunden soll, daß die Polizei sehr ruhig vorgegangen und erst zu schärferen Maßnahmen griff, als der Tumult immer größere Dimensionen annahm. Der Gerichtshof beschließt, den gestellten Vorträgen stattzugeben.

Der Präsident giebt nach Feststellung der Personalien einen kurzen Rückblick, wie der Ereignis sich entwickelt hat. Am 26. war der Aufstand so groß, daß Militär und Gendarmen requirirt wurde. An diesem Abend erfolgte dem auch das Schießen der Gendarmen und das Einschreiten der Polizei mit blanker Waffe. — An diese Ausführung des Präsidenten schließt sich die mehrere Stunden dauernde Vernehmung der Angeklagten.

Die Angeklagten bestreiten ausnahmslos, etwas Strafbares begangen zu haben. Sie wollen theils aus Neugier, theils auf dem Nachhausewege von der Arbeit über den Wilhelmplatz gegangen und dort in den Menschenmengen geraten, mit diesem von der Polizei zurückgedrängt und schließlich mit Säbelhieben traktirt sein, wenn sie sich verantworten wollten, nicht schnell genug flüchteten oder gar stehen bleiben oder ihres Weges über den Wilhelmplatz weitergehen wollten. Nur der Angeklagte Haber giebt zu, daß er in der Erregung gerufen: „Steine her!“ Der Angeklagte Reinhardt will sich an dem Gendarm Heuning nur vergreifen haben, weil dieser auf ihn losgeritten sei. Von dem ihm abgenommenen Säbel habe er dem Gendarm gegenüber seinen Gebrauch gemacht.

Mittags 1/1 Uhr ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Es tritt eineinhalbstündige Pause ein. Abends wird in die Beweisnahme eingetreten. Für den ersten Tag sind 28 Zeugen geladen.

Der erste Zeuge ist Oberbürgermeister Dr. Schmidt. Derselbe giebt über die Organisation der Erfurter Polizei im allgemeinen und über die Befugnisse des Polizei-Inspektors im besonderen Auskunft. Er erklärt, daß der Inspektor als Leiter der Exekutivpolizei die Pflicht habe, für Ruhe und Ordnung auf den Straßen zu sorgen. Es liege ihm das Recht an, in dieser Beziehung selbständige Maßnahmen zu treffen. Der zweite Zeuge ist Polizeiinspektor Meyler. Er bekundet: Der Kommissar Drehe war am 24. Mai kommandirt, die Ordnung beim Zirkus aufrecht zu erhalten. Am 26. früh meldete mir der Beamte, daß sich viel Publikum vor dem Zirkus unruhig aufhalten und sich der Polizei gegenüber resistent benommen hätte. Des Abends, wo militärischer Zapfenstreich stattfand, ging ich selbst nach dem Wilhelmplatz, um mich über die Situation zu orientiren. Ich hörte, wie der Zirkusbesitzer schimpfte, weil der Weg zum Zirkus versperrt war. Ich traf Anordnungen, Abhilfe zu schaffen. Als der Zapfenstreich begann, wurde die Menschenmenge auf dem Wilhelmplatz auf etwa 2000 Personen an. Ich befahl, den Platz zu säubern. Da die Beamten, welche den Befehl ausführten, mit Steinen beworfen wurden, so ließ ich von der Waffe Gebrauch machen. Mehrere Personen wurden arestirt. Um 11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Zeuge Polizeikommissar Cah bekundet, daß schon am 24. Mai die Polizei mit Steinen beworfen und verhöhnt worden sei. Polizeikommissar Drehe schildert die Vorkommnisse vom 24. und 25. Mai, und fügt hinzu, es sei ihm, sobald er sich vor sehen ließ, der Spitzname „Kollmops“ zugerufen worden. Von der Waffe sei erst nach wiederholter höflicher, aber auch erfolgloser Aufforderung, den Platz zu räumen, Gebrauch gemacht worden. Polizeikommissar Michels konstatiert, daß aus der Menge gerufen: „Verfluchte Hunde! Gut ab! Ihr Waide zahl! keine Steuern! Nieder mit den Gunden!“ Auf ihn habe die Sache den Eindruck gemacht, als gäbe es die Polizei zu verhöhnen.

Es folgt hierauf die Vernehmung einer ganzen Anzahl Zeugen, die dem Kravall am 26. Mai als unbeteiligte Zuschauer beigewohnt haben. Diese bekunden durchweg, auf sie habe die ganze Situation den Eindruck gemacht, als ob man es auf einen Kravall abgesehen hätte. Die Polizei habe erst zur Waffe gegriffen, nachdem oftmals Ermahnungen an die Menge, nach Hause zu gehen, erfolglos waren. Gefangenenaufseher Heine bekundet, daß er gesehen, wie halbwillkürliche Vorläufer mit Steinen nach den Polizeibeamten warfen. Wo der Polizeikommissar Drehe sich sehen ließ, rief man ihm „Wieroh! Chausseewalze!“ u. s. w. zu. (Große Heiterkeit im Gerichtssaal).

Die Stadtrathsrathen Rebs und Möller erklären, es sei ihnen von durchaus glaubwürdigen Personen das Vorgehen der Polizei als ein zu scharfes, voreiliges geschildert worden. Sie müßten daher ihre bereits im Stadtrathsrathskollegium darüber geäußerte Meinung auch heute noch aufrechterhalten.

Der Präsident bemerkt hierzu, die Aussagen dieser beiden Zeugen seien unwesentlich, da sie nichts aus eigener Wahrnehmung bekunden könnten. Der nächste Zeuge, Lehrer Gothe, sagt folgendes aus: Am Abend ging ich mit dem Kaufmann Thieme und dem Prokuristen Schwedhelm durch die Marktstraße. Unterwegs begegnete mir der persönlich gut bekannte Polizeifergeant Flude. Wir fragten ihn, was denn eigentlich los sei, daß in der Stadt so eine große Aufregung herrsche. Auf diese höfliche Frage zog der Beamte seinen Säbel und rief in höchst großer Erregung: „Was, ich soll Ihnen wohl Kindermärchen erzählen. Ich will's Ihnen gleich zeigen was los ist.“ Durch dieses Benehmen des Flude mißte ich mich gekränkt und machte andern Tags der vorgefekten Behörde Mitteilung. Diese lehnte jedoch ein Einschreiten ab, weil der Beamte ausdrücklich angewiesen worden, mit blanker Waffe durch die Straßen zu patrouilliren. Thatsache sei aber, daß Flude erst nach der harmlosen Frage den Säbel gezogen hat.

Der Polizeiwachtmann Herzog und der Polizeifergeant Schmidt bekunden, sie seien am Abend des 26. Mai, als sie die Waide am Zirkus hatten, mit Steinen beworfen worden.

Hiermit ist die Jugendvernehmung über die Vorkommnisse vom 26. Mai zu Ende. Es beginnt nach einigen Fragen der Verteidiger die Beweisnahme über den zweiten, dem Hauptkravallabend, Oberbürgermeister Dr. Schmidt, der nochmals dnernommen wird, erklärt, auf ihn haben die Erscheinungen des zweiten Tages den

zweifellosten Eindruck gemacht, daß man es nunmehr mit einer planmäßigen Zusammenrottung zu thun habe: Schon am frühen Morgen hätten sich die Leute gruppenweise auf dem Wilhelmplatz eingefunden. Die Zahl der Umherstehenden wuchs von Stunde zu Stunde. Ich machte dem Regierungspräsidenten von den Vorkommnissen Meldung. Daraufhin erschienen dann des Abends drei Gendarmen zu Pferde und zwei zu Fuß. Eine Kompanie Infanterie stand am Petersberge in Bereitschaft, von den zur Verfügung stehenden Polizeimannschaften wurden drei Beamte beritten gemacht. Als der Abend nahte, suchte man zunächst die Menge durch Thätigkeit eines Hydranten zu zerstreuen. Dies war ohne Erfolg, das Gefolge wurde vielmehr noch größer. Als dann bei Einbruch der Dunkelheit der Tumult kein Ende nehmen wollte, wurde mit blanker Waffe vorgegangen und ist auch geschossen worden. Der Polizeiinspektor äußert sich im gleichen Sinne. Er erklärt ausdrücklich, daß wiederholt in gutem Gemüthe, und dann gedroht worden sei, doch mit aller Energie vorgegangen werde. Die Antwort bestand in Verhöhnung, Kläffern, Pfaffen, Lampen u. s. w. fliegen aus den Fenstern auf die Polizeimannschaften. Der Wasserhahn wurde zerschitten, der Hydrantenarmen fortgeführt, Straßenlaternen mit Steinen eingeworfen, Feuerwerkkörper abgebrannt. Daraufhin sei er (Meyler) von den Gendarmen gefragt worden, ob sie schießen sollten. Er habe ihnen dies anheim gestellt. Die Beamten machten von der Waffe Gebrauch und es fielen eine Anzahl Schüsse, worauf endlich die Menge in die Seitengassen der Andreasstraße flüchtete. Gegen 1/12 Uhr nachts war, nachdem eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, die Ruhe hergestellt. — Die Jugendvernehmung wird abends 1/10 Uhr abgebrochen. Freitag früh 1/10 Uhr erfolgt Fortsetzung der Verhandlung.

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag Vormittag 1/9 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt. Der erste von den für diesen Tag geladenen ca. 50 Zeugen, welche vernommen werden sollten, ist Generalmajor v. Kröcher. Derselbe bekundet: Nachdem ich von den Vorkommnissen des 26. Kenntniß erhalten hatte, ging ich am 26. abends schon zeitig nach dem Wilhelmplatz, um zu sehen, ob ein Einschreiten der konstatirten Kompanie notwendig sei. Auf mich machte die Menschenmenge, welche den Zirkus umstand, zunächst einen recht harmlosen Eindruck, es änderte sich das Bild aber, als von der Marktstraße her die Polizeimannschaften und Gendarme in Trupps nach der Turnhalle beim Wilhelmplatz marschirten. Es begann ein Gejohle, und die Menschenmenge wuchs immer mehr an. Nun wurde der Platz durch berittene Mannschaften gesäubert, was auch ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Der Menschenhauf zog sich dafür aber nach den angrenzenden Straßen, wodurch der Verkehr verhindert wurde. Mittlerweile fielen bei der Zirkusvorstellung einige Schüsse, es schien, als wenn die Leute immer tumultuöser wurden. Ich muß sagen, wenn die Polizei nun nicht schief vorgegangen, wäre der Skandal noch schlimmer geworden. Gegen 10 Uhr wurde dem Oberbürgermeister, der sich mit dem Polizeiinspektor ebenfalls auf dem Wilhelmplatz eingefunden, gemeldet, daß an der Andreasstraßen-Ecke die Polizei vor Steinhögel sich zurückziehen müsse. Auf den Rath des Polizeiinspektors wurde nun die ganze bewaffnete Macht nach besagtem Eckpunkte des Wilhelmplatzes kommandirt. Kurz darauf fielen dann etwa 30 Schüsse. Daraufhin wurde es mit einem Mal ganz still und die Mannschaften kamen mit der Meldung zurück, daß „alles in Ordnung“ sei. Der Zeuge Kaufmann Wunder, welche von seiner am Wilhelmplatz belegenen Wohnung aus den Kravall mit angesehen und sich gegen mehrere Bürger tadelnd über ein provozirendes Vorgehen der Polizei geäußert hatte, weiß sich auf die Vorkommnisse nicht mehr gut zu erinnern. Ober-Gendarm Heinemann erklärt, er sei vom Regierungspräsidenten durch einen Boten zum Erscheinen am Wilhelmplatz beordert worden. Auf die Frage an den Polizeiinspektor, ob man schießen solle, wurde der Befehl, dies bei einem Angriff seitens der Menge zu thun. Oberaufseher Heine konstatiert, daß am Morgen nach dem Kravall in dem am Wilhelmplatz befindlichen Vorgarten des Landgerichts-Gefängnisses ein Hausen Pfastersteine, ja sogar Eisenstücke von Straßenbahnschienen lagen.

Nach einer kurzen Pause bemerkt der Erste Staatsanwalt: Er sei in der Lage, auf die Zeugen, die über die allgemeinen Vorgehens Anklagen machen sollen, zu verzichten. — Geschworener Stadtrath Stenger: Es ist mir mitgetheilt worden, daß Herr Pastor Köhler sich den Herrn Oberbürgermeister aus der Stadtrathsrath-Verammlung hat heraufbesuchen lassen, um mit diesem über die Vorgehens Anklagen zu sprechen. Ich möchte doch bitten, den Herrn Pastor Köhler darüber zu vernehmen. — Erster Staatsanwalt: Wenn Herr Pastor Köhler vernommen werden soll, dann kann ich vorläufig auf keinen Zeugen verzichten. — Der Gerichtshof beschließt die Vernehmung des Pastor Köhler. Letzterer erscheint sehr bald und bekundet: Ich ging am Abend des 26. Mai über den Friedrich Wilhelmplatz und durch die Andreasstraße und ich muß sagen, ich war über das Vorgehen der Polizei geradezu empört. Ich selbst wäre sehr bald unter die Hufe der Pferde gekommen. In der Andreasstraße ritten die Polizeibeamten und Gendarmen auf dem Trottoir und schlugen mit blankem Säbel auf alle, die ihnen in den Weg kamen, harmlose Leute, die an ihrer Haus Thür standen, mußten sich vor den Schreulichen und Gendarmen flüchten. In einem Hausflur der Andreasstraße standen zwei anständige Arbeiter in ruhiger Weise. Die Schreuliche ritten direkt auf die Thür zu und schlugen mit den Degen auf die beiden Leute los. Einer von den Geschlagenen rief: „Was wollen Sie denn, ich wohne ja hier.“ In der Andreasstraße piffen und johlten wohl zwei Jungens im Alter von 12 bis 13 Jahren, das übrige Publikum bestand aber aus durchaus anständigen, harmlosen Leuten, die zufällig ihr Weg über den Friedrich Wilhelmplatz und die angrenzenden Straßen fährte, und sich vollständig ruhig verhielten. — Präsi.: Haben Sie nicht Steine werfen sehen? — Zeuge: Durchaus nicht. Die Polizeibeamten schlugen rücksichtslos auf durchaus harmlose Leute, die ruhig nach ihrer Wohnung gingen und denen man auf den ersten Blick ansehen mußte, daß sie keine Tumultuanten waren. Meine Empörung wurde von mehreren meiner Gemeinderathsrathsrathmitglieder getheilt. Man mußte nach diesem Vorgehen der Polizei annehmen, daß etwas im Werke sei. Das Vorgehen der Polizei hat das Gegenstück von dem bewirkt, was beabsichtigt war. Ich war wiederholt genöthigt, Leute vor den Säbelhieben der Polizei zu schützen. Einen Mann, der vor meinem Hause einen Schlag mit dem Säbel auf den Kopf erhielt, nahm ich in meine Wohnung, um ihn zu verbinden. — Pastor Köhler bekundet ferner auf Befragen: Von 7 bis etwa 10 1/2 Uhr war ein durchaus anständiges Publikum auf den Straßen. Das Publikum nach 10 1/2 Uhr, das die Beamten mit Steinen warf, die Laternen zernichtete u. s. w. bestand aus ganz anderen Elementen, das war allerdings Böbel. Gegen 11 1/2 Uhr war alles vorüber. — Erster Staatsanwalt: Wissen Sie, aus welchem Grunde die Leute in der Nähe Ihrer Wohnung von der Polizei fortgetrieben wurden, ob die Beamten Befehl zu ihrem Vorgehen erhalten hatten? — Zeuge: Das weiß ich allerdings nicht. — Auf ferneres Befragen bekundet der Zeuge: er habe keine geschlossene Masse sondern nur einzelne Leute, zumeist harmlose Menschen gesehen, die augenscheinlich von der Arbeit kamen. — Polizeiinspektor Meyler und Polizeikommissar Michels bezeugen es als unwahr, daß das Publikum aus harmlosen Menschen bestanden habe; die Haltung der Menge war eine solche, daß jeder fortgetrieben werden mußte, ob er einen schlechten oder einen guten Hock anhatte. — Polizeikommissar Michels bemerkt: In der Andreasstraße sei aus den Häusern auf die Polizeibeamten mit Steinen geworfen worden. Er hatte daher Befehl erhalten, die Andreasstraße mit gezogenem Degen zu säubern. Die Leute flüchteten sich zwar, sobald aber die Polizeibeamten außer Sicht waren, begannen sich die Leute wieder zu sammeln. — Polizeiinspektor Meyler sagt

auf Befragen der Verteidiger aus: Infolge des Schießens seien mehrere Personen verletzt worden. Wer verletzt worden und welche Verletzungen erfolgt seien, sei aber nicht festgestellt. — Auf Befragen der Verteidiger bestreitet Pastor Köhler, daß das Publikum die Polizeibeamten irgendwie belästigt habe, ebenso daß Ansammlungen stattgefunden haben. Auch aus den Häusern sei nicht geworfen worden. — Auf Antrag des Verteidigers R. K. Poppe wird beschloffen, noch den Gemeindevorsteher Kramer als Zeugen zu laden. — Es werden danach noch einige Gendarmen, Polizeibeamte und einige Privatpersonen vernommen, die die Haltung der Menge am 26. Mai als höchst bedrohlich bezeichnen. — Die Verhandlung wendet sich hierauf zur Erörterung der gegen die einzelnen Angeklagten erhobenen Anschuldigungen. Gegen 1 1/2 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Generalversammlung

des Vereins für alle in der Hut- und Filzwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Guben, den 19. und 30. Juni 1898.

Ueber die zum Statut gestellten Anträge wurde zunächst in eine Generaldiskussion eingetreten, welche sich in der Hauptsache auf die beantragte Ausschließung der Arbeitslosen-Unterstützung aus dem Verein und Aufhebung des Klassenystems für männliche Arbeiter erstreckte.

Durch die Ausmerzung der als Versicherungswesen bezeichneten Arbeitslosen-Unterstützung sollte der Verein mehr den Charakter einer Kampfgesellschaft inforn erhalten, daß die Mittel zur Unterstützung bei Streiks und Maßnahmen nicht für Arbeitslose ausgegeben werden müssen und ferner genügende Mittel zur Agitation vorhanden sind. Die Gegner dieser Anträge machten geltend, Streik- und Arbeitslosen-Unterstützung sei nicht zu trennen; da letztere gewissermaßen als Streikunterstützung anzusehen ist, die Kampfgesellschaft würde aber auch bedeutungslos sein, sollte das Jugend- und Bindemittel Arbeitslosen-Unterstützung, mit der namentlich die Indifferenten rechnen. Die verfloffenen drei Jahre, in welchen der Verein 81 000 M. für Ausstände zc. verausgabte, widerlegen übrigens die Meinung, der Verein sei eine bloße Unterstützungsgesellschaft und verlege die Unternehmer in den Klauen. Kraftproben provoziren zu können, weil es an Mitteln fehle, Widerstand leisten zu können. Die Mehrheit der Delegirten beirat die Auffassung und wurden alle auf die Ausschließung bezughabenden Anträge abgelehnt.

Beschloffen wurde: Zur Agitation und zur Errichtung resp. Unterhaltung von Bibliotheken zc. hinreichende Mittel zur Verfügung zu stellen und die Berufs- und Lohnstatistik wieder aufzunehmen.

Der Vereinsrat bleibt in Altkenburg, ebenso der Ausschuß, von dem eine in Braunschweig domicilirnde Beschwerdekommision abgeleitet wurde.

Die namentlich in Berlin erfolgte Vermittlung von Vereinsmitteln gab Anlaß zur Annahme schärferer Kontrollbestimmungen.

Das Klassenystem mit 30 und 45 Pf. Wochenbeitrag wurde wie bisher beibehalten, gleichfalls das Eintrittsgeld von 1,25 M. resp. 2,25 M., weibliche Mitglieder zahlen 10 Pf. Wochenbeitrag und 50 Pf. Aufnahmegebühr.

Kommunales.

Der Stadtrathsvorsteher Dr. Langerhaus begiebt sich Mitte nächster Woche in Ferien. Die laufenden Geschäfte der Stadtrathsrath-Verammlung werden während der Ferien erledigt: der Stadtrathsvorsteher Hellriegel vom 1. bis 15. Juli, Stadtrathsvorsteher Wilhelm Gerde (I) vom 16. bis 31. Juli, Stadtrathsvorsteher - Stellvertreter Michael vom 1. 15. August und der Stadtrathsvorsteher Seibert vom 16. bis 31. August.

Die Stadtrathsvorsteher-Verammlung genehmigte in ihrem geheimen Sitzung am Donnerstag, daß die Regierungsrath Baumeist. Pällmann, Roen, Hedde und Behner vom 1. April 1898 ab a Stadtrathsvorsteher angestellt werden.

Das Polizei-Präsidium beabsichtigt das zur Zeit geltende Polizeireglement hinsichtlich der Fütterung der Zugthiere auf den Straßen abzuändern, indem es dem Schlußsatz des § 96 desselben die Fassung geben will: daß das Füttern von Zugthieren auf öffentlichen Straßen nur während des Ladens und Entladens der Fuhrwerke gestattet sein soll, und hat hierzu die Zustimmung des Magistrats nachgesucht. Das Magistratskollegium hat beschlossen, dieser beabsichtigten Reglementsänderung seine Zustimmung zu ertheilen, jedoch mit der Maßgabe, daß noch hinzugefügt werden solle: Jede Verunreinigung der öffentlichen Straßen und Plätze ist dabei zu vermeiden oder wieder zu beseitigen.

Die Große Berliner Straßenbahn beabsichtigt, um den Wünschen der besten Agende nachzukommen, eine Bahnverbindung zwischen dem Küstrinerplatz und der Frankfurter Allee durch die Königsbergstraße herzustellen und hat hierzu die Genehmigung der städtischen Verkehrs-Deputation nachgesucht. Die Verbindung soll zur Weiterführung der Linie Uhlendorferstraße (Wilmersdorf)-Küstrinerplatz bis zur Frankfurter Allee dienen.

Mit der Asphaltirung des Potsdamer Platzes soll nach Beschluß des Magistratskollegiums nunmehr vorgegangen werden, da die Verkehrsverhältnisse sowohl, als auch die Umwandlung der Ringbahn in elektrischen Betrieb die Umgestaltung des Platzes dringend erfordern. Wenn auch bei dem in Aussicht gestellten Bau der Unterflur-Bahnen von dem Potsdamer Bahnhof nach dem Bahnhof Friedrichstraße beziehungsweise nach dem Spittelmarkt ein beträchtlicher Theil des Platzes wieder aufgerissen werden muß, kann doch mit Rücksicht hierauf die Regulirung des Platzes nicht weiter hinausgeschoben werden, da der Zeitpunkt, wann die Unterflurbahn zur Ausführung kommen kann, noch nicht feststeht. Es sei aber anzunehmen, daß auch bei der größten Beschleunigung der Bahnprojekte der Beginn der Ausführung derselben erst in etwa zwei Jahren eintreten werde und es sei unmöglich, bis dahin mit der Asphaltirung des Platzes zu warten.

Nahrungsmittel-Untersuchung. Hinsichtlich des Erlasses des Oberpräsidenten betreffend die Errichtung eines staatlichen Laboratoriums zur Untersuchung von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen hat das Magistratskollegium beschloffen, da die Stadtrathsvorsteher-Verammlung Ferien hat und deren Mitbestimmung erforderlich ist, den Oberpräsidenten um einen entsprechenden Ausschub zu bitten; unterdessen soll eine Subkommission des Magistrats, bestehend aus dem Bürgermeister Küstner sowie aus den Stadtrathsrath Hoad, Marggraf, Dr. Strakmann und Selberg, die speziellen die Stadt betreffenden Fragen zum Gegenstand vorläufiger Erörterung machen.

Lokales.

Den diesmaligen Kündigungstermin zum 1. Juli hat ein großer Theil der Berliner Hausbesitzer für den geeigneten Moment erachtet, die Miethshausverträge etwas fester anzuziehen. Dies scheint ganz besonders im Norden der Hal gewesen zu sein. Ueberall, wohin man hört, sind Miethsteigerungen von Wohnungen und Geschäftslökalen zu verzeichnen. Doch so manchem Hausbesitzer die Hand dabei ausgerückt ist, beweist ein Fall in der Uferdammstraße, woselbst eine Baugesellschaft sämtliche Miethen im Hause, Wohnungen und Geschäftslökalen, um 60 Mark bis 120 M. pro anno gesteigert hat. Wenn die Miethsteigerungen im allgemeinen auch nicht so rigorose sind, so haben sie doch einen



erheblichen Wohnungswechsel zum 1. Oktober zur Folge, der jetzt bereits in der Massenerhebung der Miethszettel sich erkennbar macht. Das bekannte und gefürchtete Wohnungsloch wird nun bald wieder seinen Anfang nehmen. Zu etwas wenigstens wird dieses qualvolle Geschäft jetzt erleichtert durch die veränderte Gestaltung der Miethszettel, die trotz aller Wohnungszeitungen immer noch das beliebteste Kommunikationsmittel zwischen Miether und Vermieter bilden. Die kolonialen Aufstellungen: „Hier sind Wohnungen zu vermieten“, sind so ziemlich von der Bildfläche verschwunden. An ihre Stelle sind zumeist Plakate getreten, welche die Lage der Wohnung und deren Räumlichkeiten angeben, wodurch den Wohnungsuchern wenigstens ein Anhalt geboten ist und ihnen viele unnütze Wege erspart werden. Auch die Preisangabe hinzuzufügen, dazu haben sich bisher nur wenige Wirthe entschlossen, obgleich eine solche Angabe doch im beiderseitigen Interesse liegt. Vollständig vermietet sind auch diesmal wieder sämtliche neu erbauten Häuser, einmal, weil hier anfangs die Miethen billiger sind, und dann, weil vielfach großes Gewicht darauf gelegt wird, daß die „neue“ Wohnung auch thätig eine neue ist.

**Er scheint Gnade zu finden** — wenigstens bei Herrn Schweinburg. Zu der Wahl des Herrn Kirchner zum Oberbürgermeister von Berlin äußern sich die Berliner Politischen Nachrichten namentlich wie folgt: „Wenn es ohne Zweifel von entscheidender Bedeutung ist, ob der Gewählte die Gewähr dafür bietet, daß er den auf Erreichung des maßgebenden Einflusses in der Gemeindeverwaltung gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie energischen Widerstand entgegenzusetzen wird, so fällt doch zugleich ins Gewicht, daß Herr Kirchner erst vor wenigen Jahren als zweiter Bürgermeister bestätigt wurde und diesen Akte der Staatsaufsicht die sorgfältigste Prüfung aller einschlägigen Momente vorhergegangen ist. Aus der Zeit der Berliner Amtshaltigkeit des Herrn Kirchner ist, soweit bekannt, nichts wahrgenommen worden, was zu einer Verächtlichmachung des Ergebnisses der damals vorgenommenen Prüfung Anlaß geben könnte.“

Wie mag der „energische Widerstand“ arrangiert werden sollen, der dem völlig legalen Streben auf Erlangung und Erweiterung des Einflusses, welcher der sozialdemokratischen Wählerchaft von rechts und gelegentlich von links, vom Oberbürgermeister entgegen zu setzen ist? Soll das Stadtoberhaupt sich etwa durch die Schimpfreden auf uns vor den Augen der Welt lächerlich machen? Die Schweinburgischen thun gut daran, die Welt in Ruhe ihren Gang gehen zu lassen.

**Ueber den Pfingstverkehr** in Berlin in diesem Jahre liegen nun endgiltige statistische Zahlen vor. Danach wurden befördert mit Omnibussen, Pferde-, Dampf- und elektrischen Bahnen und mit der Stadt- und Ringbahn am Pfingstsonntag . . . 1251 475 Personen, Pfingstmontag . . . 1279 744

insgesamt . . . 2531 219 Personen.

das ist um 245 520 Personen mehr als im Vorjahr. Der Hauptanteil der Zunahme fällt der Stadt- und Ringbahn, die an beiden Tagen 900 855 Personen beförderte, mit 110 336 Personen zu.

**Berliner Rettungsgesellschaft.** Die Sanitätswache Mauerstraße 23 ist Donnerstag Abend definitiv der „Berliner Rettungsgesellschaft“ beigetreten. Gemäß dem Organisationsplane der Rettungsgesellschaft wird die Wache Mauerstr. 23 von jetzt an nicht nur — wie bisher — Nacht diebstahl, sondern auch Tagesdiebstahl haben und Tag und Nacht mit der Zentrale der Rettungsgesellschaft verbunden sein.

**Das erbarmungswürdige Dasein, das den Straßenhändlerinnen bereitet ist,** wird durch folgenden Fall beleuchtet: Nicht weniger als 8 Aufforderungen zum Strafvortritt hat eine arme Hand-Strau in der Gollnowstraße an einem einzigen Tage erhalten. Es handelt sich hierbei um 8 Polizeistrafen, mit welchen die Händlerin innerhalb kurzer Zeit belegt worden ist und die sie, da sie Zahlung nicht leisten konnte, abzusitzen hat. Die Gesamtstrafezeit aus den 8 Mandaten beträgt annähernd zwei Monate. Die Händlerin, eine Frau W., haust auf der Straße mit Obst und Eis und hat in dieser Weise 9 Kinder, von denen 7 noch schulpflichtig sind, 2 sich in der Lehre befinden und einen kranken Mann zu ernähren. Sie erstreckt sich bei den Anwohnern der Gollnowstraße eines guten Rufes, so hat sich nunmehr die Armenkommission des Bezirks mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Da die Bezahlung der Strafen aus Armenmitteln nicht zulässig ist, so haben die Mitglieder der Kommission im Wittgenbach an den Kaiser gerichtet, in welchem um Aufhebung der Strafe für die arme Frau gebeten wird, da sonst die Kinder der Armen ins Waisenhaus gebracht werden müßten und der schon seit einigen Jahren arbeits- und erwerbsunfähige Gatte auf das Betteln angewiesen wäre.

**Gastwirtschaftsmissere.** Aus wird berichtet: Großer Rekrud fand gestern im Restaurant „Zum Justizpalast“ statt, dem besten Bier- und Speisefokal in unmittelbarer Nähe des Moabiters Kriminalgerichts, welches geradeüber vom Hauptportal liegt und den meisten Berlinern bekannt geworden ist, welche mehr oder minder oft auf dem Gericht zu thun haben. Der strebsame Wirth ist ein Opfer des Miethwunders geworden, den viele Hausbesitzer der dortigen Gegend treiben. Er hat sein Hab und Gut — gleich zahlreichen Vorgängern — zugelegt und ist mit leeren Händen aus dem Lokale gegangen, welches in der Gegend bereits das „Erbbegräbniß“ genannt wird. Gestern wurden nach erfolgter Versteigerung fünf große Möbelwagen voll Möbel und Wirtschaftsinventar divongeführt, die eine an dem Geschäft interessierte Frau erstanden hat. Veranlassung zu dem Fallissement war die enorm hohe Mieth von 7500 Mark, die für die dortigen Verhältnisse mindestens um die Hälfte zu hoch ist, da sich in der Umgebung des Kriminalgerichts einschließlich der Weinrestaurants und Cafés vierzig Lokale, oft zwei in einem Hause, befinden, die in der Hauptstadt fast gänzlich von der Grundbesitzer leben wollen, die ihnen der Verleiher auf dem Gericht liefert. Abgesehen von den leistungsfähigen Weinstuben und einigen gutgelegenen und festfundierten Bierhäusern wechseln die Wirthe in den Wirtschaften wie die Tauben in einem Taubenschlag, trotzdem und trotz ihres immensen Schadens geben die Hauswirthe die Anzeigen nicht auf, auch lassen sie die Miethen nicht herab, weil sonst der Werth ihres Grundstückes herabgesetzt würde.

**Eine Revolveraffäre.** Der Schankwirt Johann Rammowat in der Veteranenstraße geriet gestern in seinem Lokal mit mehreren Gästen der Rede wegen in Streit, in dessen Verlauf er von vier Personen thätlich angegriffen und gemißhandelt wurde. Er zog darauf einen Revolver hervor und gab zwei blinde Schüsse auf seine Gegner ab, die darauf flüchteten, der Schloffer Herrmann Thiele schlug jedoch in der strafenwärts gelegenen Eingangstür wiederum auf Rammowat ein, worauf dieser einen scharfen Schuß auf seinen Gegner abfeuerte, der ihn nicht unbedenklich am Hinterleib verletzete. Thiele schleifte sich nun bis vor das Haus Lothringergasse 25, wo er zusammenbrach. Ein Schuhmann brachte ihn in ein Krankenhaus.

**Ein jugendlicher Durchbrenner.** Mit 1000 M. ist der 17 Jahre alte Schreiber Ernst Brambring seinem Prinzipal, dem Verlagsbuchhändler Finkling in der Chausseestraße, durchgebrannt. Dieser hatte ihn in seine Wohnung in der Gessischenstraße geschickt, um 1000 M. zu holen. Die Tochter Finkling's steckte einen Tausendmarktschein in einen Briefumschlag und übergab ihn dem jungen Manne. Dieser unterschlug das Geld und brannte durch. Schon in einer früheren Stellung in einem Agenturgeschäft soll er sich als nicht vertrauenswürdig erwiesen haben.

**Vermißt** wird seit Montag der 50 Jahre alte Schneidemeister Emil Orzeszkiewicz aus der Wilhelmstraße 108. Er ist schwer nervenleidend.

**Mit Morphium vergiftet** hat sich gestern um die Mittagszeit der Arzt Dr. M., der seit vier Wochen in der Johannstr. 22 bei der Zimmermiedlerin Friebe wohnte. Der Vergiftete, ein Mann in den fünfziger Jahren, wurde in ein Krankenhaus gebracht und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Ueber den Verweggrund ist nichts bekannt.

**Von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn** überfahren wurde gestern Mittag der 81 Jahre alte frühere Arbeiter Alexander Wesene, der bei seinem Schwiegersohn in der Kirchbachstraße 16 wohnt. Der Greis glaubte an der Charlottenstraße vor dem Wagen, der langsam fuhr, noch vorüberkommen zu können, wurde jedoch von einem Rade gefaßt, das ihm das rechte Fußgelenk zerschmetterte. Der Verunglückte wurde mit einem Wagen der nächsten Unfallstation einem Krankenhaus zugeführt.

**Ein Ehedrama.** In einem Hause in der Mulastraße betreibt seit dem April die Frau des Malers A. eine Blättanfertigerin. Die erst vor einem Jahre geschlossene Ehe gestaltete sich höchst unglücklich. Nachdem A. am Mittwoch die Frau aus dem Hause gewiesen hatte, lebte sie am Donnerstag in Begleitung ihrer Eltern in ihre Wohnung zurück, um, unterstützt von einigen Freunden, ihr Eigentum abzuholen. Darüber kam es mit dem Manne zu einem Streit, der sich bis auf die Straße fortsetzte. Als A. mit einer Eisenklinge zuschlagen wollte, wurde diese ihm entzogen und ihm selbst damit eine klaffende Stosswunde beigebracht. Er stieß in seine Wohnung, und verbarrikadete sich dort vor der nachdrängenden Menge, bis die Polizei erschien und die Massen zerstreute. Unter dem Schutze der Beamten wurde der Verwundete dann zu einem Arzt gebracht.

**Eine Abnormität auf medizinischem Gebiete,** der „Steinmensch“, ist seit einigen Tagen in der Ausstellung Indien am Kurfürstendamm zu sehen. Der Steinmensch ist der jetzt 33 Jahre alte Albert Schwarz aus Rumänien. Die Erkrankung begann ohne jede ersichtliche Ursache im 19. Lebensjahre und führte in 3 Jahren zu einer Versteinigung der rechten Seite, dann ging der gleiche Prozeß an der linken Seite vor sich. Seit acht Jahren sind aber keine weiteren Erkrankungen mehr aufgetreten. Das Gesicht ist fast ganz verschont geblieben, aber die Riefermuskeln sind sehr verkrüppelt, so daß der Mund überhaupt nicht geöffnet werden kann. Schwarz hat sich um Nahrung zu sich nehmen zu können, selbst in der Weise gekostet, daß er mehrere Zähne des Unter- und Oberkiefers an der Seite herausgerissen und nun durch die Röhre die Speisen einführt, die Flüssigkeiten durch ein langes Saugrohr. Langs der Arme fühlt man lange, steinharte Stellen, welche in die Knochen untreubar übergehen. Es sind verkrüppelte Muskeln, nur Handgelenk und Finger sind frei geblieben. An den Beinen sind nur das linke Hüftgelenk und das rechte Kniegelenk verschont, sonst auch hier überall knollen und Ballen zu fühlen, so daß Schwarz sich nur auf Stöcken mühsam fortbewegen kann. Der Nacken ist vollkommen steif. Der bedauernde Wirth, der vor vier Jahren von Professor Birchow der medizinischen Gesellschaft vorgestellt worden ist, scheint sein trauriges Geschick mit Ergebenheit zu tragen.

**Feuerbericht.** Freitag früh 1 Uhr brannte Alexanderstraße 16 eine Steinhöhle total aus. Möbel, Regale und Spirituosen wurden zerstört. Mittags 11 Uhr mußte Jasamunderstraße 20 ein Küchenbrand abgelöscht werden. Kurz nach 1 Uhr brannte Veteranenstraße 19 Möbel und Gardinen. Bald darauf erfolgte Alarm nach dem Güter-Wahnhof der Ostbahn, wo ein von dem am 18. Juni dort stattgefundenen Brande herrührender Haufe Papppe Feuer gefangen hatte. Um 6 Uhr entlief Schwereinstraße 6 ein großer Schornsteinbrand.

### Aus den Nachbarorten.

**In Steglitz** findet am Dienstag Abend 8 Uhr bei Schellhose, Thomsstr. 15a, die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

**Die neue städtische Volks-Bade-Anstalt in Charlottenburg** ist heute früh 6 Uhr der allgemeinen Benutzung übergeben worden und befindet sich in der „Krummen Straße“. Die Anstalt ist geöffnet vom April bis September von morgens 6 Uhr, im März und Oktober von 7 Uhr, im November bis Februar von 7 1/2 Uhr an. Kassenschluß tritt Sonabends um 9 Uhr, an den übrigen Wochentagen um 8 Uhr, Sonntags um 12 bzw. 1 Uhr mittags ein. Für weibliche Personen ist die Schwimmhalle vormittags von 9 1/2 bis 12 Uhr und nachmittags von 2-4 Uhr geöffnet. Montags auch von 6 1/2 bis 9 Uhr. Es kostet ein Bannbad 25 Pf., ein Schwimmbad 20 Pf. (für Personen unter 14 Jahren 10 Pf.); Monatskarten für Schwimmschüler kosten 4,50 Pf. und 2,50 Pf.

**Mit der Einführung von Gasautomaten** geht die städtische Verwaltung für Charlottenburg jetzt weiter vor. Die Deputation für das Erlendungsweesen hat beschlossen, zunächst weitere 30 Apparate bei Privatleuten aufzustellen, nachdem sich die bisherigen Versuche durchaus bewährt haben. Die allgemeine Einführung der Gasautomaten in Charlottenburg soll zum 1. April nächsten Jahres zu erwarten sein.

**Die Pferdebahnlinie** Galense-Willmersdorf-Spittelmarkt, die bereits am 15. Mai in Betrieb gesetzt werden sollte, ist gestern dem Verkehr übergeben worden. Die Wagen verkehren alle zwölf Minuten.

**Ein Boot mit drei Insassen** kehrte gestern Nachmittag auf dem Schlachtensee gegenüber der Reuen Fischerhütte. In dem Boot, einem Miethsboot, befanden sich die Kaufleute S. und B. und die Schwägerin des S. Als sich das Boot etwa in der Mitte des Sees befand, verjurten die drei Personen die Plätze zu wechseln. Hierbei schlug der Nachen um, und die des Schwimmens Unkundigen gingen sofort unter. Sowohl von dem Restaurant Reue Fischerhütte als auch von anderen benachbarten Lokalen wurden sofort Boote flott gemacht, und es gelang auch, nach längerem Bemühen die Verunglückten in bewußtlosen Zustande zu landen. Einem in der Fischerhütte weilenden Arzt gelang es, die beiden Männer bald wieder ins Leben zurückzurufen, Fräulein S. erholte sich jedoch nur sehr schwer; sie war bis gestern Abend 10 Uhr noch nicht transportfähig.

**Nach Pankow** wurde die Berliner Feuertwehr am Donnerstag Abend gerufen. In der Kaiser Friedrichstraße stand ein großer Dachstuhl in Flammen. Trotz schneller Hilfe wurde der größte Theil der Dachkonstruktion eingestürzt. Der Verlust ist bedeutend. — Am Freitag früh um 1 Uhr brannte eine Steinhöhle in der Alexanderstraße völlig aus.

### Gerichts-Beilage.

**Der stenographische Bericht** über den Prozeß Rint kontra Bebel-Jacobus, den wir gestern brachten, enthält zwei Fehler, die einer Korrektur bedürfen. Auf Zeile 48 Spalte 1 des Berichtes muß es heißen, daß die Herren Sidermann, Vollrath, Wenzel und Dahms die Angelegenheit besprachen. Im Bericht ist statt des Herrn Wenzel irrthümlich Herr Schweizer als Theilnehmer an der Besprechung genannt. Ferner ist auf Zeile 58 der zweiten Spalte zu lesen, daß Herr Dahms am 6. Oktober — nicht am 26. Oktober — offiziell erklärt habe, daß Herr Rint aus dem Verein Berliner Presse ausgetreten sei.

**Der Reichstags-Abgeordnete** Genosse Arthur Stadthagen hatte sich gestern abends vor dem Reichsgericht als Angeklagter zu verteidigen. Stadthagen soll, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, am 11. Oktober 1892 die Mitglieder des Landgerichts zu Magdeburg und den Bürgermeister Reinhard zu Staffurt durch einen Brief beleidigt haben, den er an den in Magdeburg angeklagten Parteigenossen Friedrich als Verteidiger schrieb. Dieser Brief ist ohne Genehmigung Stadthagen's von einem Beamten geöffnet und dann zu der Anklage gegen ihn wegen Beleidigung benutzt worden. Das Landgericht Berlin I sprach Stadthagen am 20. Juni 1894 frei, weil der Brief nicht in die Hände des Matthies gelangt und unbefugt eröffnet sei. Das Urtheil wurde vom Reichsgericht am 13. November 1894 aufgehoben. Das Reichsgericht nahm an, auf etwaige Gesetzesverletzungen in dem Prozeß Matthies käme es für den Prozeß wider Stadthagen nicht an. In der erneuten Verhandlung vor dem Landgericht beantragte der Staatsanwalt — sechs Monate Gefängniß. Die Verhandlung hatte ergeben, daß der Brief dem Matthies eingehändigelt, aber ihm dann wieder abgenommen war. Das Landgericht I erkannte auf einen Monat Gefängniß. Die

hierauf von Stadthagen eingelegte Revision hatte den Erfolg, daß das Reichsgericht das Urtheil vom 8. Oktober 1894 aufhob und die Sache an das Landgericht II verwies. Das Landgericht II erkannte am 18. November 1894 auf 300 Mark Geldbuße. In der gestrigen Verhandlung vor dem II. Senat des Reichsgerichts gab dieses unter Vorsitz des Senatspräsidenten Freiherrn von Bülow der Revision Stadthagen's nach, hob das Urtheil auf und verwies die Sache abermals an das Landgericht II. In der mehrstündigen Verhandlung vor dem Reichsgericht, in der Stadthagen sich selbst vertrat, beantragte die Reichsanwaltschaft Verwerfung der prozessualen Rügen, auf die die Verhandlung beschränkt wurde. Stadthagen rügte u. a., es liege kein hinreichender Strafantrag vor, durch Ablehnung einer großen Reihe von Einträgen sei seine Verteidigung beschränkt, auch beruhe das gesammte Verfahren auf einem Verstoß gegen das Briefgeheimniß und gegen die Eigentumsordnung. Es hätte nach letzterer Richtung darüber Beweis erhoben werden müssen, ob sich der Vorgang mit dem Brief wie folgt abgespielt habe. Der Brief sei an Matthies nur unter der Bedingung ausgehändigelt, ihn vorher vom Beamten lesen zu lassen. Dann sei Abschrift des Briefes an die Staatsanwaltschaft gesendet. Diese habe das Original, ohne daß eine gerichtliche Beschlagnahme vorlag, am 4. November 1892 von Matthies beziehentlich von der Gefängnisverwaltung abgenommen, um den Brief als Beweismittel für das Verfahren gegen ihn — Stadthagen — zu benutzen. In diesem Vorgang liegt ein Verstoß gegen die zum Schutz der bestehenden Eigentumsordnung gegebene Vorschrift, daß nur ein Richter Briefbeschlagnahmen anordnen dürfe. Es beruhe mithin das Verfahren auf einem Verstoß gegen die Rechtsordnung und dürfe der zu Unrecht erhaltene Brief nicht als Beweismittel in einem Strafverfahren verwendet werden, das ja gerade dazu bestimmt sei, die Rechtsordnung zu schützen. Darüber, ob der Brief in dieser Weise behandelt sei, hätte mithin Beweis erhoben werden müssen. Das Reichsgericht erklärte, der letzte Begriff sei begründet, es seien deshalb die übrigen Beschwerdepunkte nicht erst zu prüfen, vielmehr habe, wie erwähnt, erkannt werden müssen. — Es wird also Stadthagen sich demnächst zum vierten Male dagegen zu verteidigen haben, daß die Ausübung seiner Pflicht als Verteidiger strafbare Verletzungen im Falle Matthies enthalten habe.

**In dem Organ für die Post-Unterbeamten** „Der Deutsche Postbote“, erschien am 3. April d. J. ein Artikel, welcher dem Verfasser, dem Redakteur Ernst Kemmer's eine Anklage wegen verleumdender Beleidigung zuzug, die gestern vor der stehenden Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Es wurde in dem Artikel von einem traurigen Vorfall berichtet, welches sich beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin zugetragen haben sollte. Der Posthilfsbote Lehmann sei am 26. März erkrankt und deshalb dem Dienst ferngeblieben. Es wurde am Abende seitens eines Vorgesetzten eine Revision in der Lehmann'schen Wohnung vorgenommen, bei der Lehmann aber nicht angetroffen wurde. Er hatte sich auf etwa 20 Minuten entfernt, um notwendige Einkäufe zu besorgen. Am folgenden Tage habe Lehmann wieder Dienst thun müssen. Sein Vorgesetzter, Postsekretär Krause, habe ihm eine Miße erteilt, daß er seine Wohnung verlassen habe und den Verdacht ausgesprochen, daß Lehmann Krankheit heuchle. Lehmann habe an diesem Tage wieder wieder Dienst thun müssen. Am folgenden Tage habe sich sein Zustand sehr verschlimmert, er habe seine Braut nach dem Postamt geschickt und durch sie um einen Krankenschein bitten lassen. Man habe ihr gesagt, daß der Schein nach Lehmann's Wohnung geschickt werden solle. Bevor der Krankenschein aber eingetroffen sei, sei Lehmann verstorben. Sein Kollege und Stubbennachbar Wolff habe sich zum Haupt-Telegraphenamt begeben und dem Ober-Telegraphensekretär Kreyshmar den Tod Lehmann's gemeldet. Dieser habe in herzoglicher Weise erwidert: Ach, was gehen uns die Posthilfsboten an, melden Sie es der Ober-Postdirektion“. An diese Mittheilungen schloß der Verfasser Bemerkungen des Bedauernens, daß ein schwerer Beamter sich noch verlegende Bemerkungen von seiten seines Vorgesetzten gefallen lassen müsse.

Der in dem Artikel geschilderte Sachverhalt soll nicht der Wahrheit entsprechen. Die Behörde hat namens der Beleidigten, des Postsekretärs Krause und des Ober-Telegraphensekretärs Kreyshmar, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Der Angeklagte, der vom Rechtsanwalt Oskar Neumann verteidigt wurde, hatte einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten. Zeuge Krause gab zu, daß er dem Lehmann Vorhaltungen darüber gemacht habe, weil er am Abende zuvor nicht zu Hause gewesen sei. Lehmann habe erwidert, daß er nur auf zwanzig Minuten fortgewesen sei, um etwas zu kaufen. Darauf habe der Zeuge ihm gesagt: Gehen Sie an Ihren Dienst, das übrige wird sich finden. Der Zeuge erklärte ferner, daß es häufig vorkomme, daß Posthilfsboten sich des Sonabends krank melden, um am Sonntage dienstfrei zu sein. — Zeuge Kreyshmar bestreift mit Entschiedenheit, daß er die erwähnte lieblose Bemerkung gethan habe. Als der Posthilfsbote Wolff ihm die Mittheilung von dem plötzlichen Tode des Lehmann gemacht habe, habe er theilnehmende Fragen an Wolff gestellt. Wolff habe gefragt, ob die Eltern nicht von Amts wegen Nachricht vom dem Todesfall erhalten, worauf der Zeuge erwidert habe, Wolff möge sich an die Ober-Postdirektion wenden, welche die Personalsachen des Verstorbenen führe. Ein großer Theil der Zeugen bekannte, daß Lehmann in der That schwer erkrankt war, obgleich man es ihm nicht habe ansehen können. Er habe sich sehr geärgert, daß er zufällig bei dem Besuche seines Vorgesetzten nicht zu Hause gewesen sei, und alle seine Kräfte zusammengegriffen, um am folgenden Tage zum Dienst erscheinen zu können. Noch schwerer habe der Verstorbene sich dadurch gefühlt, daß man Zweifel in seine Wahrheitsliebe gesetzt habe. Zeuge Wolff will von einem lieblosen Wesen des Zeugen Kreyshmar's nichts bemerkt haben, dagegen hätten mehrere Postboten gehört, daß Ober-Telegraphensekretär Kr. beim Verlassen des Dienstzimmers die Worte vor sich hingesprochen habe: „Was gehen uns die Posthilfsboten an“. Während Staatsanwalt v. Jaroczewski das Verhalten der beklagten Beamten für durchaus vorwurfsfrei und den vom Angeklagten angetretenen Wahrheitsbeweis für mihingehen erachtete und gegen den Angeklagten 300 Mark Geldstrafe beantragte, plädierte der Verteidiger für Freisprechung, da der Inhalt des Artikels nur eine zulässige Kritik sei. Der Gerichtshof hielt ebenfalls eine Beleidigung für vorliegend, die aber bei der ganzen Sachlage mit einer Geldstrafe von 30 M. genügend geahndet sei.

**Die Verhandlung gegen den Schuhmann Otto Volkmann** wurde gestern Vormittag wieder aufgenommen. Es war in der Sitzung am Mittwoch beschlossen worden, zwecks möglichst weitgehender Aufklärung der Sache noch den Hausbesitzer Rindner zu laden, in dessen Hause, Bergstr. 12, die vielerwähnte Pauline Schiller gewohnt hat. Es sollte mit Hilfe des Hauswirths versucht werden, diese Person, welche dem Angeklagten in der fraglichen Nacht entflohen ist und welche von ihm sowie von einigen Zeugen für einen verkleideten Mann gehalten wurde, zu ermitteln. Diese Versuche sind vergeblich geblieben. Wie der Zeuge Rindner angab, hat die Schiller eine zeitlang bei Verwandten, welche in seinem Hause wohnten, Aufnahme gefunden, ist aber bald wieder verzogen, ohne ihren Verwandten oder der Polizei ihren neuen Aufenthaltsort anzugeben. Es ist festgestellt worden, daß die Ende Januar nach Amerika gereist ist. Zeuge Rindner bekundet, daß die Schiller eine auffallend große Figur hatte und ein Gesicht mit so groben Zügen, daß man sie wohl für einen verkleideten Mann halten konnte. Sie habe einen lächerlichen Lebenswandel geführt. Nachdem nunmehr die Beweisaufnahme endgiltig geschlossen war, nahm der Staatsanwalt v. Bepinger das Wort. Er hielt die Anklage aufrecht. Es sei nun erwiesen, daß der Angeklagte keinen verkleideten Mann, sondern eine Frauensperson arretirt hatte. Er hatte die Arretirung aber ohne einen ersichtlichen Grund vorgenommen und die Person auf einem Umwege, durch eine besonders stille Straße zur Wache führen wollen. Die Person sei ihm entlaufen. Die Annahme liege nahe, daß Volkmann







In Kellnerschuhen bedeutende Auswahl.

# Schuhwaaren-Haus

## S. Selbiger, 40 Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.

Um meinen geehrten Kunden Gelegenheit zu geben, auch in diesem Jahre ihre **Reise-Einkäufe** zu **Ausnahme-Preisen** decken zu können, habe ich mich entschlossen, **Ausnahme-Preise** für die Tage von

### Sonnabend, den 2. Juli bis Sonntag, den 10. Juli

gelten zu lassen.

#### Herren-Stiefel

früher 7.50 8.30 9.20 11.00  
jetzt 4.50 5.50 6.50 8.35 Mk.  
dieselben sind mit Schaft und Gummilagen in schwarz, braun und grün in allen Grössen und Welten am Lager.

#### Damen-Stiefel

früher 5 6.20 7.45 8.30 9.70  
jetzt 4 4.90 5.30 6.25 7.30 Mk.  
in schwarz, braun und grün in den feinsten Ausführungen.

#### Strandschuhe u. Stiefel

in braun, gelb und grün,  
zum Schnüren und Knöpfen.

#### Halbschuhe

von 3.50 Mk. an bis zu den elegantesten  
in grösster Auswahl.

#### Goodyear Welt-Stiefel

bekannt das Beste und Haltbarste  
von 8,50 Mk. an.

#### Reiseschuhe u. Pantoffeln

Segeltuchschuhe, Turnschuhe,  
Lawn-Tennis- und Radfahr-Schuhe  
in grösster Auswahl.

Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

#### Theater.

Sonnabend, den 2. Juli.  
Neues Opern-Theater (Kroll).  
Margarethe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Zur letzten Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neuburg. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.  
Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. Die schwarze Kaskade. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ostend. Auf Sumatra. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Im Begehrer. Anfang 8 Uhr.  
Velle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmstädtisches.  
Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.  
Ipsos. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Taubenstr. 48-49.  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. Eintritt 50 Pf.  
Abends 8 Uhr: Vom Mitterhorn zur Jungfrau.  
Invalidenstr. 57-62.  
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungültig.)

#### Urania

Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung.  
Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Abends 8 Uhr: Vom Mitterhorn zur Jungfrau.  
Invalidenstr. 57-62.  
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungültig.)

#### Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.  
Sensationell:  
Die schöne  
Tätowirte  
Sga.  
Radolfi  
als Athletin.



#### Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 105.  
Neu! Zola, Laborie,  
Neu! Esterhazy Neu!  
Mao Kinley - Gladstone,  
die schöne  
Salambo, die schöne  
Schlangenhändigerin.

#### W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 10.  
Täglich im schönen Garten:  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Handel und Wandel.  
Charakterbild m. Gesang v. Ant. Anno.  
Neu! Neu!  
Junge oder Mädchen.  
Ausstattungs-Vorstellung mit Gesang  
und Tanz von Carlos Duchow.  
Wahl von Nat.  
Am Saale: Grosser Ball.

#### Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112  
(nahe Potsdamer Platz).  
Garten resp. Saal.  
Täglich:  
Stettiner Sänger  
(Weyl, Vieto, Wittke, Steidl, Krone, Böhl, Schneider und Schrader).  
Anfang prägnant 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Familien-Billets à 1 Mart  
(siehe Plakate).  
Stets wechselndes  
Programm!



#### Dffbahn-Park,

Am Köpenicker Platz.  
Grösstes Vergnügungs-Etablissement  
des Ostens, mit neuerrbauten  
prachtvollen Festhallen.  
Täglich:  
Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang des Konzerts:  
Wochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.  
Wochent. & Sonntag 10 Uhr.  
Entree: Sonntag 20 Pf. Kind 10 Pf.

#### Prater-Theater,

Kasseler-Platz 7/9.  
Täglich: „Friede auf Erden“.  
Lebendiges Bild mit Ges. u. Tanz in drei  
Akten von Hugo Schütz. Musik v.  
K. Reichen. Eugenie Formes, Kogam-  
fondrette. Gebr. Milano, Grottesque-  
Duett. Ostrani Troupe, Musik. Gyrcant.  
The 3 Wartons, Partierre-Mitroschen.  
Mr. Barna mit 1. drei. Hatten. Ballet.  
Pantomime. Konzert und Ball.  
Auf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero.  
Platz 50 Pf. Kalbo.

#### Pahlmann's Vaudeville-Theater

Inhaber F. Pahlmann,  
Schönb. Allee 145, Kaspar-Allee 97/99.  
Täglich:  
Konzert, Theater  
u. Spezialitäten-Vorstellung  
mit reichem Programm.

#### Carl Hagenbeck's INDIEN

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.  
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ  
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr,  
an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr,  
im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.  
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.  
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

#### Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.

Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.  
Jeden Sonntag und Donnerstag: Grosses Garten-Konzert  
und im elektrisch erleuchteten Meissensaal: Grosser Ball.  
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen  
geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich beständige Sorge getragen.  
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll  
Karl Mittag, Oekonom.

#### Max Klem's Sommer-Theater,

Felsenhalde 11/15. - Artistic Director: Paul Hilbits.  
Täglich:  
Grosse Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung  
Ulrico's Wunder-Tauben. - The Dissenator's. -  
Charles Gnoyn, Parodist. - Paul Troy, Charakterkomiker. -  
Franziska Wünsch, Soubrette. - Max Kientler, Wieder-  
sänger. Martha Reinshagen, Chansonette.  
Neu! Neu! Berlin, wie's liebt und radelt. Neu!  
Poste mit Gesang in 2 Bildern von J. Elssner.  
Ehestands-Kandidaten, Lustspiel in 1 Akt von Friedrich.  
Vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.  
In den beiden Sälen: Grosser Ball.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr.  
Sonntag 5 Uhr.  
Max Klem.

#### Restaurant Jägerhäuschen, Saalwinkel,

empfehlen alten schattigen Garten, gr. Saal mit Bühne, Kegelbahnen,  
Kaffeeküche zu Landpartien für Vereine u. Gesellschaften. L. Liesen.

#### C. Joël's Victoria-Garten

SO., Köpenicker Landstrasse Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park.  
Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden für Vereine u. Gesellschaften 6000 Pers.  
fassend, 11 Kegelbahnen, Kaffeeküche und allerlei Vorküchen.  
Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Ziems u. Gasse); von der grossen Berliner Pferde-  
bahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

#### Reichshallen- Garten-Theater.

Leipzigerstr. 77.  
Das Beste vom Besten,  
was bisher über die Bretter  
gegangen ist:  
Berlin auf Stelzen!  
Von W. Agoston und  
K. Wilhelm.  
Ferner:  
20 Spezialitäten  
1. Rang. Sonntag 7 Uhr.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Familien-Vorzugskarten gültig.  
Bei ungünstiger Witterung  
im grossen Theateraal.

#### Schweizer Garten.

Am Königs-Thor. Am Friedrichshain.  
Haltestelle der Ringbahn. Haltestelle der Ringbahn.  
Täglich: Theater u. Spezialitäten-  
Vorstellung, Volksbelustigungen. In Ball.  
an Wochentagen freier Domestanz. Auch ist die  
Kaffeeküche von 3-4 Uhr geöffnet. Anfang des  
Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.  
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.  
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser  
Stabliement (mit Vorstellung und Ball) zur  
Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

#### Wohin

machen wir unsere Landpartie (per  
Kreuzer oder per Schiff)? Zum alten  
Freund auf Pichelswerder.  
Bei Gesellschaften Bräutigam-Begleitung.

#### Fr. Domning's Neuer Krug

Station Neu-Rahnsdorf  
an der Obersee zwischen Müggel- und Dämmersee.  
Ueberfahrt nach: Grünau, Müggelheim, Gosen.  
Schönstes und grösstes Lokal der Obersee an herrlichem Wald,  
besonders geeignet für Gesellschaften und Vereine.  
Grosser Park, Neuer Tanzsaal, Spielplätze.  
Billard, Kegelbahn, Ruderboote.  
Vorzügliche Küche, Meisse und Münchener Bier, Feins Weisse.  
Kegelbahn.  
Riesen-Schinkenstücken.

#### Otto Müller, Mannysstr. 37.

Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal mit schattigem Garten,  
Auswahl im Bier 50 Pf. Reichhaltige Abendkarte von 30 Pf. an. Vereins-  
zimmer. Fr. Billard. Jeden Donnerstag: Frei-Konzert. 5504L\*

#### Brauerei Pichelsdorf.

Anst. Sommerfesten u. f. w. empfiehlt sich  
Zu Oekonom: Otto Starck.

#### Achtung! Louis Keller's Fest-Säle,

Koppenstrasse 29.  
Monat August sind noch 2 Sonnabende und 2 Sonntage  
meine Säle an grössere Gesellschaften zu vergeben. 5515L\*  
Küchensaal Louis Keller.

#### Jägerhaus

Schönhauser Allee No. 108.  
Neu renov. Garten (6000 Personen fassend)  
mit neugebauter Bühne für Vereine. Grosser  
Tanzsaal, 4 neu renovierte Kegelbahnen. -  
Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.  
Kaffeeküche von 3 Uhr an geöffnet. 5397L\*  
Jeden Montag: Grosses Kinderfest.

#### Gustav Lindenhayn, Grünau,

(Eingang) Wilhelmstr. 9 und Friedrichstr. 2 (Eingang).  
Empfehle meinen neu renovierten Saal, ebenso schönen grossen Garten  
nebst zwei verdeckten Kegelbahnen den geehrten Vereinen und Gesellschaften  
zur Abhaltung von Vergnügen. 5496L\*  
Kaffeeküche, Alter 70 Pf. - Weißbier 20 Pf. - 1/2 Böhmer Bierland 15 Pf.  
Telephon Nr. 17. G. Lindenhayn, Geschäftl.

#### Möbeltischlerei

und Sager complet  
Einrichtungen in jeder Preislage zu den billigsten Preisen  
empfehle Julius Apelt, Tischlerstr.  
Skalitzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).



**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Sonntag, den 3. Juli dieses Jahres, vormittags 10 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für Charlottenburg**  
im Lokal von Lehder, Widmarstraße 74.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Sig. — 2. Diskussion. — 3. Wahl eines Bezirksleiters. — 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 4. Juli 1898, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für Tegel**  
im Lokal von Müller, Schloßstr. 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheiten. — 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
112/13 Die Ortsverwaltung.

**Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Montag, den 4. Juli 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Borchardt über: „Die Fortschritte der Elektrotechnik mit Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse.“ — 2. Verbandsangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.  
Der Bevollmächtigte.  
Morgen, Sonntag Nachmittag, im „Victoria-Garten“ in Treptow (neben Jacob):  
**Gefelliges Beisammensein.**

**Verband der Möbelpolierer.**  
Montag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Rickdorf, Hermannstr. 147:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Grempe über: „Unsere Kolonial-Verhältnisse in Afrika.“ — 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Zeitschrift (4 25 Pf.) zum 7 46/71

**Sommerfest**  
am 16. Juli im Schweizer-Garten am Königsplatz.  
Die General-Versammlung findet am 18. Juli bei Stedert, Hindenburgstr. 21, statt.  
Der Vorstand.

**Verein der Maschinen-, Heizer und Beriffsg.**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Festsaal, Beuthstraße 19/20:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Anträge.  
Der Vorstand.

**Achtung! Plätterinnen. Achtung!**  
Sonntag, den 3. Juli 1898:  
**Große Dampfer-Partie mit Musik**  
nach Karolinenhof bei Schmöckwitz,  
veranstaltet vom 158/0  
**Verein der Plätterinnen Berlins.**  
Abfahrt früh 7 1/2 Uhr von der Wannendammbrücke (an der Brückenstraße).  
Fahrpreis 1,20 Mk. Kinder frei.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Achtung! Ueber. Achtung!**  
Den Vuhern Berlins und Umgegend zur Nachricht, daß das Bureau vom Montag, den 4. Juli 1898 ab von der Grenadierstraße 33 nach der Rosenthalerstr. 57 (Restaurant Schiller) verlegt ist. Telefon Amt III. 1296. 133/6  
**Die Lohnkommission.**

**Hüte, Schirme.**  
Gewähre den Genossen bei Verzehrung dieser Annonce 5 Pf. 4659L\*  
**Otto Gerholdt,**  
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Staliberstraße.

**M. Schulmeister**  
Schneidermeister,  
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143,  
Kottbuser Thor. Schöneberg.  
empfehlen zu außerordentlich billigen Preisen:  
Sommerpaletots Satin und Cheviot-Stoffen R. 13-33  
Jaquet-Anzüge in guten, haltb. Zwirnstoffen, glatten Diagonal-, Rammgarn-, Satin- und Cheviotstoffen, 1- und dreifach modernster Farben in Satin u. Cheviot-Stoff, eleg. Ausföhrung 16-35  
Sacco-Anzüge in guten, wolleu., schwarzen Saming- u. Satinstoffen, moderne, fegeu. 20-36  
Hock-Anzüge von feinen Satin, Tsch. und Rammgarn-Stoffen, dreifach 25-38  
Gehrock-Anzüge in nur guten haltbaren Stoffen, Cheviot- und Zwirnstoffen, dreifach 30-45  
Sport- u. Radfahrer-Anzüge in Satin, Diagonal, Rammgarn u. Cheviot, 1 u. dreifach, von 10-20  
Jünglings-Anzüge zu den billigsten Preisen.  
Havelock, Staub- u. Reijemäntel in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.  
Rajah-Anzüge, Jaquets in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.  
Rajahmützen-Anzüge in allen Größen . . . von 3 Mk. an.  
Beinkleider in dauerhaften, wolle. Stoffen, verschiedenen Farben, Rammgarn und Cheviot, von 5-10  
Knaben-Anzüge, feidbame Jagd- in großer Auswahl.  
Schul-Anzüge in Cheviot, Belau- und dauerhaften Stoffen, 1- und dreifach . . . von 5 Mk. an.  
Beschreibungen nach Waach von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.  
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.  
**Streng reelle Bedienung.**

**Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Montag, den 18. Juli 1898, in der „Neuen Welt“, Hasenhaide 108-114:

**Gr. Sommer-Fest**  
zur Feier des guten Montags.  
Gr. Konzert, Auftreten sämtl. Spezialitäten.  
Großes Feuerwerk.  
Fackelpolnais. Kinderbelustigungen aller Art.  
Jedes Kind erhält 2 Boud für Stocklaterne und Schaufel etc.  
Im Bal champêtre: Gr. Sommernachts-Ball.  
Billets à 20 Pf. sind bei allen Kommissionsmitgliedern, sowie Vertrauensleuten und im Bureau, Amtenstr. 50, und allen Zahlstellen zu haben.  
Billets an der Kasse 25 Pf.  
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Ball 5 Uhr.  
Programm am Eingang gegen Abgabe des Billets gratis.  
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet.  
Das Komitee.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.**  
Sonntag, den 3. Juli: Tour nach Brandenburg. Abfahrt 5 Uhr Gedächtnisstraße (Kurfürstendamm), nachm.: Tour nach Potsdam. Abfahrt 1 Uhr 10 Min. von der Potsdamer Bahn, Abf. nachm. Alexanderplatz 2, 13. Zusammen treffen Potsdam am Bahnhof nachm. 3 Uhr. 11/12  
**Achtung! Dampferpartie. Achtung!**  
Abfahrt präzis 7 Uhr von der Wallendammbrücke, Ecke Wallstraße. Billets sind zu haben bei Wille, Andreasstr. 26; Klages, Große Frankfurterstr. 20, und Giesler, Brunnensstr. 142. Außerdem noch in der Versammlung am Donnerstag, den 7. Juli, bei Wille, Andreasstr. 26.  
Kollegen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich 15540L\*  
**Frankfurter Allee 70,**  
nahe der Peterburgerstraße,  
ein Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal mit Restauration u. Desfillation, passend für Zahlstellen und Familien-Verkehr, übernommen habe und empfehle dasselbe geneigter Beachtung. Wilhelm Georgi, Tischler.

**J. Brünn,**  
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.  
Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner 5513L\*  
**Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Tischdecken!**  
zu sehr billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!**

**Herren-Filzhüte, alle Farben, 1 M.**  
nur neue moderne Sachen, 5070L\*  
Prima Qualität 1,50 und 2,-.  
Die Arbeitshüte immer noch 65 Pf.  
beliebten  
**Hutfabrik-Stomptoir Barnimstr. 4 u. 5.**

**Specialärztl. Institut Dr. B. Lasker**  
42 Alexanderstr. 42  
(am Alexanderplatz).  
Spec. operationsloses Heil-Verfahren ohne Berufsberatung für  
**Beinleiden.**  
Erythrie Weisbaden bei Fichten, Lupus und anderen  
**Hautleiden.**  
Tägl. 9-12, 3-6. Freitag und Sonntag 9-12.

**Schönheit**  
zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, rosiges jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „Crème-Benzoin“, Unberührtes bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2,50, Briefmarken oder Nachn. nur durch Reichel, Spec., Berlin, Eisenbahnstrasse 4. 5420L\*

**Dr. med. Schaper,**  
privat. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8.  
**Schöneberger Ufer 25.**  
**Homöopath. Poliklinik:**  
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.  
Große Hamburgerstr. 20. I.

**Cinmache-Zucker**  
ohne Bran 4 Pf. 25 Pf.  
bei 5 Broden 25  
Zucker-Pommes 45  
Reiner Hunderbrot 40  
Hunderbrot II 32  
Kirschbrot 40  
Johannisbrot 50  
Erdbrot 70  
**Theodor Schramm,**  
Weißhandl., Reichenbergerstr. 145/146.  
Für 10, 14, 18 Mart in 3 Ausföhrungen fertige denn, der selbst Stoff giebt, Anzug nach Waach mit allen Futurten.  
Für 20 Mart erhält man bei mir einen reinwolleuen gut-fertigen Anzug oder Valetot. Verantwortl. für die Mitglieder der Deutschen Beamten-Bezelle.  
**A. Priester,**  
Gr. Frankfurterstraße 40.

**Jede Uhr**  
reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gehens nur 1 Mart 50 Pf. außer Bruch. Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Uhren u. Vincenz.  
**Carl Lux, Uhrmacher,**  
35 Chaussee-Strasse 35.  
Das beste und größte Brot ist zu haben bei Ludwig Osterhagen, Bädermeister, Brühlstr. 41. 3990L\*

**Achtung, Bildhauer!**  
Das Mitglied Nr. 2003, auf den Namen Steffen lautend, ist in der Bäderherberge Concordia gestohlen oder verloren worden. Einen damit Anknüpfenden bitte anzuhalten und das Buch abzugeben, desgleichen eine dabei befindliche Reifelegitimation. Für den Zentralverein der Bildhauer. Meyer, Bernauerstr. 20/16  
Armer Mann, 76 Jahre, Alters-reutenempfänger, verlor heute vom Postamt 17, Schloß, Bahn, bis zur Koppensstraße, 11 Mk. in einer geb. Börse. Finder wird um Zurückgabe g. Belohn. geb. Straßenerpl. 1, 2b. Kofe.  
Freunden und Bekannten empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal „Zur Grünen Linde“**, Vereins-Platz. **J. Benkert,** 4313L\*  
Adlershof, Hadenbergstr. 1.

**Wirtshaus d. Goldenen Stern, Adlershof, Widmarstr. 16.**  
Jeden Sonntag Tanzfranzöhen bei freiem Entree.  
Großer Garten mit Sommerbühne. Angenehmer Familienaufenthalt. Tel. Nr. 30. Paul Schmauser.  
Sonabend, den 2. Juli, in dem schön angelegten Hofgarten: **Grosses Garten-Konzert.** Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im Saale statt.  
**„Kaiserhallen“, Steglitz,**  
vis-à-vis dem Bahnhof, Teppichboden, Gardinen, Kissen, Vorhänge, Gardinen, Remontiruhren, Regulatoren, Kesselfasser, Copernikaler sportlich Wand-leiche Reanörtr. 6. 40055L\*

**Restaurant Klugmann,**  
Zur neuen Schenke 5181L\*  
früher Wagner's Ruh'.  
Rummelsberg, Chausseehaus.  
Gr. Saal, schön. Garten, Naturwald, 5000 Verf. fast Regelbahnen, Saftelände.  
Empfehle meine drei Restaurants:  
Rübezahl, am Rüggeleer, Teufelssee, Rüggeleer, Marienlust, a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Rüggeleer-berge. 4724L\*

**C. Strehhan,**  
Besitzer des Kaiserhof's Köpenick.  
Restaurant zur Erholung.  
Köpenick, Kaulsdorferstrasse.  
Gr. Frühstückstisch. Ford. Poia.  
**Nonnenberg's Restaur.,**  
Treptow, Parkstrasse.  
Großer Saal. — Großer Garten.  
Jeden Sonntag: Ball.  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.  
**Oberschöneweide.** Edisonstr. 5.  
Gust. Wagner, früherer Köpenick, Grünauerstr. 7.  
Gr. Saal, Garten, Kaffeeküche, Früh-, Mitt- u. Abendisch. C. Seidel.

**Gasthof zu den drei Linden**  
Cöpenick, Grünauerstr. 16.  
Garten, Kaffeeküche, Ausspannung 4064L\*  
**Hermann Görcke.**  
**Reit-Pferdebucht** d. Cöpenick, mitt. Spielpl., Turmgräfte. W. Magdeburg.  
**Restaur. Linden-Garten,**  
Köpenick, Grünauerstr. 7.  
Gr. Saal, Garten, Kaffeeküche, Früh-, Mitt- u. Abendisch. C. Seidel.

**Für Landpartien und Sommerfeste**  
empfehlen wir in großer Auswahl: Stocklaterne, Campions-Fahnen, Papiermützen u. s. w., sowie Verloosungs-Gegenstände. Händler u. Vereine erhalten die billigsten Conto-preise. 5639L\*  
**S. & G. Saulsohn, Berlin C.,**  
Kaiser Wilhelmstraße 19a.  
Ein schwarzer Hund angefallen bei Wittlicher, Forchstr. 17. 4307L\*

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- u. Großvater, der Tischler 4311D  
**Carl Sprotte**  
im 63. Lebensjahr gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag Nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Genußausstufhofes aus statt.  
**Helene Sprotte** geb. Scholz  
nebst Kindern.

**Für sozialistische Literatur.**  
Neue Zeit, Sozial. Monatshefte, für jede irgendwo angezeigte literarische Erscheinung empfehle mich den Genossen und Bibliotheken unter günstigen Bedingungen.  
**Marx, Das Kapital,**  
auf Theilzahlung.  
Uhland's Dramen und Gedichte elegant gebunden 1 M.  
**Hugo Warschawski,**  
Buchhandlung,  
Steinstrasse 11,  
an der Rosenthalerstrasse.  
**„Vorwärts“**,  
eine milde und sehr preiswerthe Zigarre, Sumatra mit feilz. Brasil, à 1000 40 Mk. franko. Grobzerhöl à 4 Mk. ab hier, beliebt bei Jobermann, empfiehlt gegen Nachnahme **H. Reichel, Altana-Westfalen.**

**Möbel**  
verleihen gewesene und neue, staunend billig. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 40059L\*  
**Reue Königstraße 59**  
und **Greifenaufstraße 15.**  
**Kinderwagen**  
Kranke, Puppen, Sports, Ratten, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinderklappstühle, Kinder-Polstermöbel, Sammtliche Kochwaaren. Theilzahlung nach Ueber-einkunft. **Brannenstrasse 95,** vis-à-vis Humboldthaln, a. Nordbahn-Gesundbrunnen, Telefon III. 1767.

**Reel und billig**  
kauft man in der Norddeutschen Schuh-fabrik von **W. Hittschke**, gegründet 1872, **Stalitzerstr. 13.** Ecke Admiraistrasse, am Rottbuser Thor.  
Ausschnitten! Giltig 1 M.!!  
Zähne 2 Mk., Garantie 10 Jahre.  
Polstern, schmerz. Zahnzah 75 Pf.  
Kronen 1 Mk. Theilz. möglich.  
1 Mk. Zahnärzt. Institut An-dersstr. 24 I. Spr. 10-6 Uhr.

**Ed. Desfillation, guttes Geschf.**  
ist krankheitsförderl. bill. verträglich. Zu erst. **Ufedomstr. 22, Bismarckstr.**  
**Betten, Matratzen, Sommerpalet,**  
Remontiruhren, Regulatoren, Kesselfasser, Copernikaler sportlich Wand-leiche Reanörtr. 6. 40055L\*  
**Fahrräder,**  
1 a. Fabrikat, unter Garantie zu kauf. Theilzahlung bei möglich. Anzahlung direkt in d. Fabrik **Diesendammstr. 33.**  
Führerfütter, Taubenfütter, per Jenner 4-5 Mk. liefert Getreide-speicher Elisabethstr. 28. 5501L\*  
Waschfässer a. 2. 0,79, 12er Jint Nr. 8. — verkauft 4306L\*  
**H. Blass, Kf. Markstr. 4a.**  
Milchgeschäft, gut gehend, krankheitsförderl. 3. vert. Gouttostück 10, 4 Tr. Krüger. 4300L\*  
**Schankgeschäft** 4302L\*  
ist sofort für den Inventarpreis von 600 Mk. zu verkaufen **Himmelsstr. 73.**  
**Charlottenburg, Ehrlichstr. 20** bei Vogel, Laden u. Wohn., 5189er Bismarckstr., p. 1. 10. p. 2. 4217L\*

**Mühlentorstr. 8. a. d. Ober-baumbrücke, 5 Min. von Station Warschauerstraße, sind v. 1. O. tober festl. Hofwohnungen** v. 1 u. 2 Stuben nebst allem Zubehör v. 72-94 Thaler zu vermieten. 54639L\*  
Röhrer selbst beim Verwalter.  
Schiffstr. Dresdenerstr. 38, v. IV rechts.  
**Arbeitsmarkt.**  
Buchstabenstecher verlangen  
Gebüder **Rudolph, Thorstr. 5.**  
Tägliche 43045L\*  
**Barockvergolderinnen**  
lucht **Wormmeister, Brunnensstr. 194.**  
Suche tüchtigen  
**Kreidmalerschneider,**  
der schon auf Goldblechen geschulten. **Wormmeister, Brunnensstr. 194.**  
**Flavierspieler**  
vert. **Malinowski, Kottbuser Damm 40.**  
Berufsbekannt. **Kabr. Voltmann, 5.**  
Tägliche **Chromolithographen** sucht **Wilhelm Boehme,** 4298L\*  
Reichenbergerstr. 158.  
**Farbmalcher**  
gelucht **Wormmeister, 40.**  
Nebenangehörige Herren finden lobende Anerkennung eventl. Anstellung. Subdirtion der **Fides, Berl.-Bel., Kaiser Wilhelmstr. 28.**  
Plätterinnen auf Ziehfrage und gewasene Umgefrogen in u. außer dem Hause lucht **M. Trost** Schützenhausstr. 167a, Fabrikstr.



**Vermischtes vom Tage.**

In der Großen Berliner Kunstausstellung sind in den ersten beiden Monaten 72 Oelgemälde, 10 Aquarelle, 16 Skulpturen, Zeichnungen etc., 23 plastische Werke und 44 kunstgewerbliche Gegenstände, insgesamt 165 Kunstwerke, verkauft worden. — Die Silberproduktion Deutschlands betrug im Jahre 1897: 453 375 Kilogramm, um 22 031 Kilogramm mehr als 1896 und 44 103 Kilogramm mehr als 1890. Man hätte rund 27 Millionen Thaler daraus herstellen können. — Ein Seemann in Klonow gab am Donnerstag auf seine Geliebte vier Schüsse ab und verletzte sie tödlich. Dann tödtete er sich selbst durch einen Schuß in den Mund. — In der Stadt Kiel haben bei der Stichwahl 92 pCt. der Wähler vom Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von bürgerlicher Seite wählten alle, die nicht bereift waren oder körperlich unfähig, bis auf einen, dem es — seine Frau verboten hatte. Die Schlepper hatten ihn schon halb umgestimmt, da hörte man in der Nebenstube die scharfe Stimme der Frau: „In he schall nich wählen!“, worauf der arme Mann zusammenbrach und sagte: „Ne, dat geiht nicht, Ji hebt dat nu selbst hört!“ — In einem Kornfeld in der Nähe von Warmunthau bei Gnadenfeld (Schlesien) wurden ein Mann und eine Frau ermordet aufgefunden. — Am Abhange des Hohenstein im sogenannten Teufelsloch bei Steinach hat ein Ingenieur in der vorigen Woche eine Tropfsteinhöhle entdeckt. In geringer Tiefe wurde eine zwölf Meter breite und ebenso hohe Höhle mit Tropfsteingebilden gefunden, an welche sich ein 14 Meter langer und 2/3 Meter breiter Gang anschließt, der jetzt verschüttet ist. — Unparteiischer als der „General-Anzeiger“ in Rendsburg kann ein Blatt nicht gut sein. Am Tage vor der Stichwahl schrieb er: „Morgen findet wiederum Wahl statt; auch zu dieser Wahl wollen wir nicht verkommen, unsere Leser anzufordern, Mann für Mann an die Wahlurne zu treten, um dem Kandidaten, welcher die meisten Anhänger hat, zum Siege zu verhelfen.“ — Rückfahrt-Karten von Teplich zur Jubiläums-Ausstellung in Wien sollten zu bedeutend ermäßigten Preisen ausgegeben werden. Jetzt sind diese Karten zu haben, die Ermäßigung beträgt — vier Heller! — In Wien hat eine in drückendster Noth lebende junge Frau deren Mann krank im Spital liegt, ihre beiden Kinder, ein Mädchen von 8 Monaten und einen Knaben von 2 Jahren, mit Phosphor vergiftet. Sie versuchte sich darauf selbst mit Kohlen gas zu vergiften, aber wieder zu sich. — c. o. Einer der bekanntesten Aerzte in Bologna ließ sich von seinem Diener den linken Daumen abschneiden, um eine Verletzungsumme von 10 000 Lire einzuholen. Als der Schwund entdeckt wurde, stellte er sich noch vor der Verhaftung der Behörde. — Der bekannte Radfahrer Platt ließ sich im Krystall-Palast zu London schwer zu Falle. Die Schrittmacher, fünf auf einem Tandem, stürzten infolge Bruchs der Lenkstange. Alle sind schwer verletzt. Platts fuhr mit höchster Wucht in den Kränzel hinein. Sein Rad flog mehrere Meter hoch in die Luft und er fiel schwer nieder. Der untere Rückenband ist zerquetscht, mehrere Rippen sind gebrochen und innere Verletzungen festgestellt. — Aus Lebensüberdruß beging der 98 jährige General Naki in Athen Selbstmord. — Bei einem fürchtbaren Unwetter im Gebirge von Sima (Rumänien) stürzte eine riesige Felswand auf eine Gasse, in die sechs Holzarbeiter geschlüpft hatten, und zertrümmerte sie. Vier Arbeiter wurden sofort getödtet, einer erlag halb darauf seinen Verletzungen, der Zustand des sechsten ist hoffnungslos. —

**Verfassungen.**

**Eine öffentliche, gutbesuchte Versammlung der Bäder Berlin** fand am 30. Juni statt, um zu dem Streik der Kollegen in Hamburg Stellung zu nehmen. Der Referent Höpfer legte in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag die Bedeutung des Streiks dar. Das progreßive Verhalten der dortigen Innungsmeister, welche sich durch diese Maßregelungen bemerkbar machten, habe einen Sturm der Entrüstung unter den Kollegen hervorgerufen und dieselben endlich gezwungen, in den Streik zu treten. Giechardt verliest der Referent das Protokoll des Herrn Obermeisters Gemeinhardt, worin derselbe seine Innungsbrüder auffordert, Streikkolonnen heranzuschicken, welchem Wunsch denn auch Folge geleistet wurde; leider ist es sehr bedauerlich, daß gerade von Berlin und Umgegend die meisten Streikbrecher kommen; ferner forderte Gemeinhardt die Anwesenden auf, nicht Verächter an unserer gerechten Sache zu werden und den Hamburger Kollegen nicht in den Rücken zu fallen. Möge ein jeder Kollege sein Scharfsein dazu beitragen, um den Kollegen Hamburgs zum baldigen Sieg zu verhelfen; denn ihr Sieg ist unser Sieg. — An der Disziplin beteiligten sich die Kollegen Brieskorn, Heßhara und Müller, welche sich im Sinne des Referenten äußerten. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute bei Grändel, Blumenstraße 188, tagende öffentliche Bäderversammlung erklärt sich mit den freilebenden Kollegen in Hamburg-Altona und Umgegend solidarisch und begrüßt dieselben als Vorkämpfer für die endliche Befreiung aus den unwürdigen Fängen des Kost- und Logiswesens beim Unternehmer. Sie beklugwünscht die Streikenden zu ihren schönen Erfolgen und verpflichtet ihrerseits, durch Aufklärung der Unwissenden das Kampfgebiet von Streikbrechern freizuhalten, sowie durch pekuniäre Unterstützung den kämpfenden Brüdern zum baldigen glänzenden Siege zu verhelfen. — Im Verschiedenen wurde noch auf das vom Verband der Bäder arrangirte Sommerfest aufmerksam gemacht und die Kollegen gebeten, sich an demselben rege zu betheiligen, da der Ueberdruß für unsere im Kampfe befindlichen Kollegen Hamburgs verwendet werden soll. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.“

**Die Korbmacher** beschäftigten sich in der Versammlung am 20. Juni mit der Lage in der Gröndelstraße. Von mehreren Rednern wurde besonders über die lange Arbeitszeit Klage geführt und als Beispiel der überaus traurigen Zustände angeführt, daß in Friedrichsfelde in einer Werkstatt zwei Arbeiter in der Werkstatt übernachteten. Der Verein wird deshalb in nächster Zeit sich angelegenlich mit den Verhältnissen in dieser Branche beschäftigen und sollen mehrere Versammlungen für diese Berufsgruppen einberufen werden. Nach Entgegennahme des Kasienberichts gelangten einige interne Angelegenheiten zur Besprechung. Von einem Redner wurde gewarnt, bei der Firma Schmidt u. Co. in der Krautstraße in Arbeit zu treten, da diese Firma bei dem letzten Submissionsgebot für Angellörbe so niedrige Preise offerirt habe, daß ein anständiger Arbeitslohn nicht bezahlet werden kann.

**Eine Versammlung der Glasbleiber**, die am 22. Juni tagte, beschäftigte sich mit dem Zustand bei der Firma Koch u. Wein, Ritterstraße. Der Zustand wird durch das unsolidarische Verhalten einiger Arbeiter sehr erschwert. Besonders übel wurde es bemerkt, daß ehemalige Mitglieder der Genossenschaft Hülberg u. Comp. den Ausständigen in den Rücken fielen, und schließlich fand sogar eine moralisch sehr anrüchliche Person bereitwillig als Streikbrecher Unterkunft. Mithetwillig wurde, daß die Unternehmer die Vereinbarung getroffen, keinen der Streikenden einzustellen, widrigenfalls eine Konventionalstrafe von 500 M. zu zahlen ist. Die Versammlung beschloß, im Streik auszuharren und die Betheiligten gut zu unterstützen.

**Die Aftenermacher** hielten am 27. Juni in den Arminshallen eine gutbesuchte Mitgliedsversammlung ab, in welcher das Mitglied Wänten über die Gewerbegerichts-Wahlen sprach. Bei Besprechung der Vereinsangelegenheiten ermahnt der Vorsitzende die Versammlung, recht rege die Arbeiterpresse zu unterstützen. Zum Schluß wurde auf die Lohnunterschiede bei der Firma Gauer u. Engel, Münzstraße, hingewiesen.

**Herr Tischendörfer** bedankt sich wieder einmal mit einer Verächtigung. Er habe in der letzten Versammlung der National-Sozialen nicht gesagt, daß ein Theil seiner Parteigenossen für Langerhans gestimmt habe, sondern daß, weil das Wahlergebnis der Stichwahl absolut sicher gewesen sei, der größte Theil derselben Wahlenthaltung geübt habe. Demgegenüber hält unser Berichtserstatter aufrecht, daß Herr Tischendörfer gesagt hat: „Es werde sich wohl ein Theil...“ etc. Mit Bestimmtheit konnte er es natürlich nicht behaupten. An sich ist es ja überhaupt herzlich gleichgültig; wichtig und für alle Zukunft festzuhalten ist nur der Umstand, daß die Führer der National-Sozialen entweder fragegenug waren, überhaupt keine Stellung zu den Stichwahlen zu nehmen, wie das in Berlin der Fall war, oder aber, daß sie dicke die Reaktion zu unterstützen empfohlen haben, wie in Leipzig und Jena. Das werden die Arbeiter sich ein für allemal merken.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 3. Juli, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Resource, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Untere Instanz.“ Gäste willkommen.

**Sozialdemokratischer Agitationsverein Stralund-Franzburger-Rügen.** Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Wilschel, Fäden: prosse 35/36: General-Versammlung.

auch bei der Arretierung geschlechtlichen Gemüthen habe fröhnen wollen. Nachdem ihm dies mißlungen, habe er ein neues Opfer in der Person des Fräulein Schulz gesucht. Der Staatsanwalt blieb bei seinem Antrage — 1 Jahr 3 Monate Gefängniß — stehen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, trat für die Freisprechung ein. Ein verurtheilendes Erkenntniß lasse sich auf Grund des vorliegenden Ergebnisses schwerlich rechtfertigen. Die Vernehmung des Gerichtshofes erfuhr eine Unterbrechung, da der Staatsanwalt anzeigen ließ, daß er noch einen Antrag zu stellen habe. Der Staatsanwalt theilte mit, daß ihm soeben die Anzeige zugegangen sei, daß ein Mann namens Kukul sich anderen Personen gegenüber damit gerühmt habe, daß er an dem fraglichen Abende einem Schußmanne auf dem Königsplatze entlaufen sei. Es seien zwei Personen zur Stelle, welche diese Redensarten des Kukul gehört hätten und er beantrage nun, auch den letzteren telephonisch zu laden.

Der Gerichtshof glaubte, diesen Beweisantrag nicht abzuschneiden zu sollen und vertagte deshalb die Verhandlung bis zwei Uhr Nachmittags.

Am 24. Uhr wurde die Verhandlung zum dritten Male wieder aufgenommen. Der Gerichtshof ist mit dem Bescheide zurückgekehrt, daß der Kaufmann Kukul in seiner Wohnung nicht zu finden sei. Er solle sich auf Weissen befinden. Dagegen ist ein Zeuge zur Stelle, welcher verdächtige Aeußerungen des Kukul gehört hat. Zunächst wird der Zeuge Kaufmann Eme vernommen, der folgende Aussage macht: Er sei am Donnerstags Nachmittags von Berlin in einem Eisenbahnzuge nach Erlener fortgefahren. Ihm gegenüber habe ein junger Mann gesessen, welcher eine Zeitung aus der Tasche hervorgezogen und darin den Prozeß Vollmann gelesen habe. Der Lesende habe dann zu seinem Nachbar geäußert, daß Vollmann doch ein verkleideter Mann verfolgt habe. Es sei ein der Polizei wohlbekannter Mensch namens Schulz gewesen, der sich ihm gegenüber damit gebrüht habe, daß er einem Schußmanne, der ihn am Königsplatz arretirt habe, „ausgeriffen“ sei. Schulz sei ein Mensch, welcher widernatürlichen Lastern fröhne und in Frauenkleidern, zumeist in einem langen grauen Jackett sich herumzutreiben pflege. Der Zeuge sei durch diese Mittheilungen aufmerksam geworden, er habe den jungen Mann bei Seite genommen und ihm vorgehalten, daß er das, was er wisse, doch nicht für sich behalten könne, sondern es im Interesse der Gerechtigkeit der Staatsanwaltschaft anzeigen müsse. Der junge Mann habe dem Zeugen nun seine Papiere gezeigt, die auf den Namen „Julius Kukul“ lauteten und seine Angaben genau wiederholt. Der Zeuge hat seine Erlebnisse sofort nach seiner Rückkunft der Polizei mitgetheilt. — Staatsanwalt v. Pevinger hielt es für wichtig, den Schulz zu ermitteln, er wolle hierzu die Polizei in Anspruch nehmen und beantrage nochmalige Vertagung der Sache bis Montag Vormittags. Rechtsanwält Dr. Schwandt widersprach diesem Antrage. Er halte die Sache für spruchreif. Daß Vollmann an dem betreffenden Abende eine Verfolgung aufgenommen habe, sei erwiesen und es könne ziemlich gleichgültig sein, ob die verfolgte Person ein Mann oder ein Weib war. Sollte aber eine nochmalige Vertagung eintreten, so beantrage er, den nächsten Termin so weit hinauszuschieben, daß auch der Angeklagte neue Anstrengungen machen könne, um weitere Beweise seiner Unschuld zu erbringen und wenn er nach Amerika reisen solle, um die Schiller ausfindig zu machen. Der Gerichtshof beschloß die Verhandlung bis Montag Vormittags 9 Uhr zu vertagen. Es soll versucht werden, den Schulz zu ermitteln.

**Eine allzu gemüthliche Art**, einen Gefangenen zu transportieren, hat für den Rechtsadvokat Gustav Leder zu Kummelsburg die Folge gehabt, daß er sich gestern wegen fahrlässigen Entweichenlassens eines Gefangenen vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Am 11. Februar d. J. hatte Leder einen Inhaften des Kummelsburger Gefängnisses, den Lötter Gottschalk, nach Woditz zur Wahrnehmung eines Termins zu transportieren. Auf dem Rückwege besuchten sie mehrere Lokale, um sich am Bier zu laben. Vertrauensvoll ließ der Transporteur seinen Gefangenen unbesichtigt in einem Lokale sitzen, während er den Hof ausrichtete. Als Leder zurückkehrte, hatte sich Gottschalk inzwischen davongemacht. Er meldete sich am folgenden Morgen freiwillig bei der Gefängnisdirektion in Kummelsburg mit dem Bemerkten, daß die Gelegenheit zu günstig gewesen wäre; er habe seiner Frau einen Besuch abgestattet. Dr. Schwandt, der Verteidiger Leders, führte im Termin aus, daß demselben die Beamteneigenschaft fehle, der Gerichtshof trat dieser Anschauung aber nicht bei, sondern verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 M.

**Wegen Vergehens gegen § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung** bezw. wegen vorläufiger Sachbeschädigung standen am Mittwoch die Schlosser Graumann, Kopper, Rüdiger, Pröbber und Franke vor der 181. Abtheilung des Amtsgerichts I. Im Oktober v. J. waren die Angeklagten in der Metallwaaren-Fabrik von Stephan beschäftigt und bereiteten sich zur Abwehr vor, weil ihnen mit einer neuen Arbeitsordnung nicht eine neunstündige Arbeitszeit bewilligt werden sollte. Am 16. Oktober vorigen Jahres trat Graumann deshalb mit dem Fabrikbesitzer Stephan in Verbindung; die Unterredung endete damit, daß beschlossen wurde, Graumann sollte dem Fabrikherrn zwei andere Arbeitsordnungen zwecks Einsichtnahme vorlegen. Das geschah auch; als aber Graumann am 19. Oktober wieder bei Stephan erschien, erklärte dieser schließlich, die ihm vorgelegten Arbeitsordnungen bewiesen ihm nichts, er würde die Forderungen nicht bewilligen. Mit diesem Bescheide und der Drohe: „Die Arbeit niederlegen!“ erschien Graumann bei seinen Kollegen und die Leute waren bereit, in den Streik einzutreten. Stephan kam jedoch hinzu und meinte: „Warum wollt ihr das thun; ich brauche dann neue Schlosser und ihr einen neuen Meister; arbeitet bis Sonnabend weiter, bis dahin wird eine Einigung erfolgt sein.“ In der Hoffnung auf das Zustandekommen einer Einigung legten die Angeklagten denn auch thatächlich die Arbeit nicht nieder; als aber der Sonnabend, des 23. Oktober, herankam, wurde ihnen plötzlich gelündigt, angeblich wegen lässiger Arbeit. So hatte der in Berlin damals nicht anwesende Fabrikbesitzer Stephan telephonisch seinen Kompagnon angewiesen. Inzwischen waren von der Fabrik bereits am Freitag vorher zwei neue Arbeiter (einer von ihnen hieß Selchow) eingestellt worden. Diesen gegenüber sollen sich Rüdiger und Pröbber des Vergehens gegen den § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung schuldig gemacht haben. In einem soll gesagt worden sein: „Arbeitet doch nicht in dieser Laubbude!“, zu dem andern: „Ich werde Euch schon das Gas ausdrehen.“ Am Entlassungstage sollen nach der Verbindung des Selchow, welcher bei dem Akt zugegen gewesen sein will, durch Graumann, Kopper und Franke große Sachbeschädigungen verübt worden sein; so seien die Schraubstöcke auseinandergerissen und Theile derselben zerstört worden, Spiegelscheiben seien zertrümmert, Schienen zerbrochen und stellen zerbrochen worden. Fabrikbesitzer Stephan bestätigte, daß am Montag die Schraubstöcke so entzweit gemacht gewesen seien, daß sie nur mit großen Kosten wiederhergestellt werden konnten. Die bisher unbestraften Angeklagten behaupteten dagegen, daß sie das nicht gethan hätten. Es liege ein Irrthum vor, die betreffenden Theile der Schraubstöcke müßten noch da sein, wohin sie fe gelegt hätten, in eine Schieblade unter dem Tische, man solle dort nur nachsehen. Durch den Werkmeister wurde dagegen festgestellt, daß nichts mehr zu finden sein könne; denn was da war, sei als altes Eisen verkauft worden. Staatsanwalt Plafche führte aus, daß ein Vergehen gegen den § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht vorliege, da die Angeklagten nicht gestreift hätten, sondern entlassen worden seien, ganz gleich, aus welchen Motiven das geschah. Die infirmirten Ausdrücke seien daher zwar eine Ungehörigkeit, doch seien sie wieder unter den § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung noch unter irgend einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, deshalb beantrage er hinsichtlich Rüdiger's und Pröbber's die Freisprechung. Dagegen sei erwiesen, daß sich die drei anderen Angeklagten einer Sachbeschädigung schuldig gemacht hätten, es umso größlicher sei, als sie nicht allein die Werkzeuge vernichteten, sondern durch Erschweren oder Unmöglichmachen der Weiterarbeit

**Briefkasten der Redaktion.**  
Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antworten sind nicht ertheilt.  
**Die jüdische Sprechstunde** findet am Montag, Donnerstags und Freitags von 6 bis 7 Uhr abends statt.  
**M-x.** Die Nachwahl im zweiten Wahlkreise kann kaum vor Anfang Januar stattfinden. Auch für die Ungültigkeitserklärung der Wahl in fünfsten Berliner Wahlkreise ist Aussicht vorhanden.  
**H. Edelmann.** Initiativanträge bedürfen im Reichstage der Unterstützung von 15 Mitgliedern.  
**Giese 006.** Dem Artikel in der Donnerstagsnummer werden nach Vollendung des Materials noch einige andere folgen.  
**C. H. 25.** Als zerplüßert werden diejenigen Stimmen gezählt, die nur ganz vereinzelt auf einen Namen abgegeben werden.  
**Gänsefopf.** 1888 wurde die fünfjährige Legislaturperiode Geje 1890 wurde zum ersten Male auf Grund des gedürbten Reichstags-Wahlgesetzes gewählt.

**Witterungsübersicht vom 1. Juli 1898, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.
Breslau	764	SW	4	bedeckt	17	Darmstadt	758	SW	1	bedeckt	18
Hamburg	764	SW	4	bedeckt	14	Dresden	767	SW	3	bed. bed.	20
Berlin	765	SW	3	bedeckt	16	Köln	768	SW	1	bedeckt	17
Wiesbaden	767	SW	3	bedeckt	16	Bremen	764	SW	2	wolfig	17
München	770	SW	4	wolfig	16	Paris	769	SW	2	bedeckt	17
Wien	768	SW	3	molken	16						

**Weiterprognose für Sonnabend, 2. Juli 1898.**  
Etwas wärmer, theils heiter, theils wolfig bei südwestlichen Winden keine erheblichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

**Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:**  
**Berlin vierter Wahlkreis O.:** Robert Bengels, Fritzstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Schillerstr. 35 u. part. **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberstraße 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburg:** Vorstand: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunn:** Wilhelm Gahmann, Weinbrennerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Kay Mars, Kasernen-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gust Scharrer, Schillerstr. 94, v. I. Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Käster, Schmaringerstr. 34, und Frau Heintze, Schmaringerstr. 35. (Hier ist auch die Brandenburgische Volks-Zeitung erhältlich). — **Rixdorf:** Hermann, Grünstraße 8. — **Schönberg:** Wilhelm Bäumer, Weizingerstr. 69, Seitenwelle part. **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schönweide:** Dr. Zahn, Ober-Schönweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schönweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senffelder, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** Dr. Röhler, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhafe, Whortstraße 15a. — **Baumschuldenweg:** Rich. Ullrich, Marienpauerstraße 18, I.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftliche Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.  
Um genauere Angabe der Adresse wird dringend gebeten.



Die wir seitens der Polizei beschwert wurden, mag folgendes Beispiel zeigen: Unser Genosse Biese hatte vom Beginn der Wahlbewegung bis zur Wahl nicht weniger als zwei Hausdurchsuchungen, einen anderen polizeilichen Besuch zu Hause, einen solchen im Geschäft, vier oder fünfmal war er zur Polizei zitiert, einmal zum Untersuchungsbüro. Kopiert wurde: Unser erstes Flugblatt (das selbe ist bis heute noch nicht herausgegeben), eine Broschüre von Kautsky (in polnischer Uebersetzung, ebenfalls noch nicht herausgegeben). Ferner wurden am Freitagsmorgen sämtliche Flugblattverbreiter zur Polizei geführt und denselben ein zweites Flugblatt ebenfalls abgenommen, auf energischen Protest von unserer Seite letzteres jedoch bald wieder frei gegeben. Hier machten uns die Polizeibeamten die erfreuliche Mitteilung, daß sie Auftrag hätten, alles, was von Rosa Luxemburg ist, anzuhalten und wegzunehmen. Und so ging es die ganze Wahlbewegung hindurch, nur in den Vororten und Umgegend noch schlimmer. Ein Sozialist, auch das kleinste, besteuert wir überhaupt nicht. Diesen ungeheuren vereinten Anstrengungen unserer Gegner konnten wir nicht stand halten, und so war auch das Resultat 500 Stimmen weniger als 1898. Wir haben es weder an Arbeit noch an Geduld fehlen lassen und sicher hätten wir auch einen Stimmenzuwachs gehabt, wenn nicht zu allem Ueberflus die polnische Volkspartei noch den Wind aus den Segeln genommen hätte. Dem von den 6182 Stimmen, die für die genannte Partei abgegeben wurden, waren zum mindesten die Hälfte auf uns entfallen. Doch, wie in Oberschlesien, so wird es auch hier endlich tagen!

### Die Wahlfaktik der „Sozialen Pragis“.

Herr Dr. Ernst Brände schreibt in der genannten Zeitschrift (Nr. 89) über das „Ergebnis der Reichstagswahlen“: „Im ganzen hat sich unsere Annahme als zutreffend erwiesen, daß die sozialdemokratische Partei kommt ihren Wählern den fünften bis sechsten Teil der Wähler und selbst von den Lohnarbeitern nur den vierten Teil hinter sich hat.“ Dr. Brände geht von der Ansicht aus — zur Stunde — da er schrieb, standen die genauen Ziffern noch nicht fest —, daß unsere Partei über 2 Millionen Stimmen erreicht hat. Wie groß die Gesamtzahl der Abstimmenden, wußte er gar nicht, interessierte ihn auch nicht. Die „Wähler“, das sind für ihn die Wahlberechtigten. Diejenigen, die gar nicht abgestimmt haben, deren Ansicht er also nicht kennt, rechnet er einfach zu den Gegnern der Sozialdemokratie. So mögen überzeugte Sozialdemokraten darunter sein, die krankheit am Wählen verhindert, oder die zu spät zur Wahl kamen, die eine bringende Arbeit nicht ausgeben mochten, oder die es nicht wagten, für den Sozialdemokraten zu stimmen und gegen ihn nicht stimmen wollten — Dr. Brände wirft sie alle in einen Sad mit unseren Gegnern und thut so, als ob die Abhaltung der Wahl an einem Werktag und die ungenügende Wahrung des Wahlheimnisses nicht existierten oder Einrichtungen wären, die gerade Gegner der Sozialdemokratie und nur sie am Abstimmen hindern.

Wie kommt aber Dr. Brände dazu, zu erklären, daß unsere Partei nur ein Viertel der Lohnarbeiter hinter sich hat? Das verrät er in seinem Artikel nicht. Aber wenn wir die Zahlen der Statistik ansehen, finden wir, daß etwas über 2 Millionen sozialdemokratische Stimmen abgegeben, 1895 aber etwas über 9 Millionen männlicher Lohnarbeiter beschäftigt wurden. Die Annahme, daß die Sozialdemokratie nur ein Viertel der Lohnarbeiterschaft hinter sich hat, stimmt also nur unter der Voraussetzung, daß nicht bloß jeder wahlberechtigte Sozialdemokrat auch wirklich wählt, sondern auch, daß jeder Lohnarbeiter wahlberechtigt ist.

Da ist aber ein auffallend: die Anzahl der männlichen Erwerbstätigen betrug 1895 15 500 000, die der Wahlberechtigten dagegen nur 11 Millionen. Es sind also wohl nicht alle Erwerbstätigen wahlberechtigt. In welchen gesellschaftlichen Schichten sind aber von den Erwerbstätigen die meisten vom Wahlrecht ausgeschlossen? Der Bezug einer Armenunterstützung nimmt sicher nicht den Wohlhabenden das Wahlrecht. Aber auch die Jugend ist ein ausschließungsgrund, der unter den Erwerbstätigen hauptsächlich die Lohnarbeiter trifft. Unter ihnen zählte man 1895 2 500 000 Personen im Alter unter 20 Jahren und 2 700 000 Personen im Alter von 20—30 Jahren. Rechnen wir von den letzteren die Hälfte auf die Zeit vom 20.—25. Jahre, so erhalten wir fast 4 Millionen männliche Lohnarbeiter, die durch ihre Jugend vom Wählen ausgeschlossen sind. Sie alle rechnet Dr. Brände den Gegnern zu. Wir dürfen eher den Spieß umdrehen und gerade sie am ehesten der Sozialdemokratie zurechnen. Die Jugend, der Nachwuchs gehört uns. Rechnen wir diese vier Millionen Arbeiter ab, dann bleiben nur etwas über 8 Millionen Lohnarbeiter im wahlberechtigten Alter, und wenn man erwägt, daß auch von diesen nicht alle wahlberechtigt waren, von den Wahlberechtigten nicht alle gewählt haben, dann kann man wohl sagen, daß die Sozialdemokratie unter den Arbeitern im Alter von über 25 Jahren die Hälfte hinter sich hat, von den jüngeren sicher weit mehr.

Von den Lohnarbeitern waren aber 3 200 000 Landarbeiter, 900 000 gewerbliche Arbeiter. Daß wir unter diesen noch viel nachzuholen haben, wollen wir keinen Augenblick ableugnen. Von den fünf Millionen industrieller Arbeiter, von denen 1 300 000 unter 20 Jahren, 1 500 000 20 bis 30 Jahre alt sind, darunter also ca. 750 000 20 bis 25 Jahre, so daß wir nicht ganz drei Millionen wahlberechtigter industrieller Lohnarbeiter annehmen können, von denen hat die Sozialdemokratie sicher nicht ein Viertel, sondern die große Mehrheit heute schon hinter sich, trotz alles Unternehmertums und trotz der seelenberührenden Plakate der römischen Kirche.

### Das Flugblatt im „Vochumer Anzeiger“.

Das wir als Probe extrem-ultramontaner Kampfesweise am vorigen Sonntag veröffentlicht, treibt der „Märkischen Volkszeitung“ die Schamröthe ins Gesicht. Statt nun aber einfach die Rohheit zu verurteilen, deren die fanatisierten Gebrüder sich schuldig gemacht haben, sucht das katholische Blatt dieses Machwerk durch das häßliche Mittel der Lüge von seiner Partei abzuschneiden. Zunächst greift die „Märk. Volksz.“ zu der unglücklichen Ausflucht, daß das Anathema im „Vochumer Anzeiger“ für evangelische Arbeiter bestimmt gewesen sei. Was es mit dieser sehr dürftigen Unwahrheit auf sich hat, ergibt der Anfang der Einschüßel: „Wir möchten aber den katholischen Arbeiter sehen, der angesichts solcher Dinge einem Sozialdemokraten seine Stimme giebt. Wer sucht nach ihm sein Haus, verflucht sein Lebensglück u. s. w.“ Dann meldet die „Märk. Volksz.“, daß der „Vochumer Anzeiger“ gänzlich zur Zentrumpresse gehöre und den sog. parteilosen Zeitungen zuzuschreiben sei. Angenommen, dies sei der Fall, dann läge die Angelegenheit für die Zentrumpartei insoweit noch schlimmer, als deren Anhänger einen neutralen Boden zur Ablagerung ihrer Unfähigkeit beehrt hätten. Wir bedauern, konstatieren zu müssen, daß die in diesem Falle von der „Märk. Volksz.“ betriebene Kampfesweise die katholische Sache nur verunglücken kann. Ein Blatt, welches auf Anstand Anspruch macht, sollte sich so ungeschicklicher Ausreden doch nicht schuldig machen.

### Vom „freien und „geheimen“ Wahlrecht.

Den in Bedenhausen wohnenden Bergleuten in Courf, welche Lügenhaft gewählt hatten, ist Arbeitsverhältnis und Wohnung gelündigt worden.

### Wahlproteste.

Die Wahlen im 6. und 10. württembergischen Wahlkreis werden angefochten werden. In Ehlingen ergab sich bekanntlich bei der Hauptwahl Stimmengleichheit. Bei der amtlichen Feststellung des Resultats ergab sich aber, daß von unserem Kandidaten Schlegel mehrere Stimmzettel für ungültig erklärt wurden, die der Reichstag anerkennen wird. Dadurch hätte Schlegel mehr Stimmen wie Wedder erhalten, der durchs Loos in die Stichwahl kam. In Göttingen sind verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen. So ist in einer Gemeinde im Oberamt Weisheim am

Tage vor der Stichwahl folgendes durch die Ortshelle amtlich bekannt gemacht worden:

„Es wird bekannt gemacht, daß morgen von 10 Uhr ab die Wahl stattfindet zwischen dem Sozi und Kettner, Reichstags-Abgeordneter in Wänden, früher in Schornborn. Es wird in der hiesigen Einwohnerliste verlangt, daß der Abgeordnete Kettner einstimmig gewählt wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Sozi von jedem Wahlberechtigten und amtlich gestimmten Bürger abgewiesen und die Soziwahlzettel vernichtet werden.“

### Partei-Nachrichten.

**Aus Sonneberg** wird uns berichtet: Am Montag hatten wir hier Gemeinderats-Wahl und zwar zum ersten Male nach dem Geldbeutel-Stimmrecht. Wir stellten keine Kandidaten auf, ließen ein Flugblatt verbreiten, forderten in demselben auf, durch Abgabe von weißen Stimmzetteln gegen das Geldbeutel-Stimmrecht zu protestieren. Trotzdem wurde unser Landtags-Abgeordneter Genosse Wehber mit 1489 Stimmen als siebenter von neun zu Wählenden gewählt. Unser Genosse wird das Mandat jedoch nicht annehmen.

**Aus Amerika.** Paul Grottkau's Uebersetzte sind am 5. Juni in Milwaukee im Krematorium auf dem Forest Home-Friedhof beerdigt worden. In dem Zuge nach dem Friedhof gingen dem Sarge zunächst die Brauereiarbeiter mit sturmhafter Fahre, diesen folgte das Zentralkomitee der Sozialdemokratie, hinter diese die einzelnen Zweige derselben sowie die übrigen Teilnehmer, unter denen alle Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei vertreten waren. Ueber 500 Personen befanden sich im Zuge, der durch 80 Wagen beschloffen wurde. Für die große Liebe und Verehrung, die Grottkau zu Lebzeiten entgegengebracht wurden, legten auch die herrlichen, fast unzähligen Blumen-spenden reiches Zeugnis ab. Die Feier auf dem Forest Home-Friedhof war einfach und schlicht, wie auch das ganze Leben des Mannes gewesen, der für das höchste Ideal gestritten und gelitten hat. Mit dem herrlichen Liede „Vor dem Sturm“ von Robert Prutz, vorgelesen vom sozialdemokratischen Männerchor, wurde die Beisetzungsfeier eröffnet. Darauf hielten die Parteigenossen Karl Kleist und Viktor L. Berger tief empfundene Ansprachen.

Paul Grottkau ist in tiefer Armuth gestorben. Ein Kranz, den ihm ein Freund widmete, trug die erschütternde Inschrift: „Geliebt und gelitten, viel errungen, aber nicht für sich, sondern für andere, die es vielleicht noch nicht einmal ahnen, geschweige denn erlernen und würdigen; während er selbst als einer der Kernisten der Armen durch das Leben wandelte und seiner Familie nichts hinterlassen konnte als das graue Elend und die schwarze Verzweiflung. Wer da weiß, was Paul Grottkau für die Menschheit gethan, der erinnere sich jetzt seiner Familie.“

Unter den Parteigenossen America's ist bereits eine Sammlung für die Familie Grottkau's im Gange. Auch in Deutschland wird man sich der Hinterbliebenen des Mannes erinnern, der hier in der Jugendzeit der sozialdemokratischen Bewegung treu im Vordertreffen geschoßen hat. Ehre seinem Andenken!

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Wähnung, Holzbildhauer!** Die Kollegen werden hiermit auf die Werkstätte des Herrn Schulz, Tischlerei in Potsdam, aufmerksam gemacht. Es ist dort noch die zehnstündige Arbeitszeit üblich und der Verdienst ist noch unter dem Minimallohn. Im Falle diese Firma Arbeitskräfte durch die Zeitung verlangen sollte, wird hiermit ersucht, dieselbe zu meiden und sich für die Stellenvermittlung zu halten. Die Delegirten-Kommission der Bildhauer.

#### Deutsches Reich.

**Die Schmiedegesellen von Kassel** haben den Meistern folgende Forderungen unterbreitet: 10stündige Arbeitszeit, Lohnerhöhung von 25 pCt., Abschaffung der Sonntags- und Ueberarbeitszeit, Lohnzahlung an jedem Freitag, Befreiung des Kost- und Logiswesens bei den Meistern.

**Eine schwarze Liste** haben die Nürnberger Hafnermeister aufgestellt. Die Arbeiter, die vor einigen Wochen sich erlaubten, die Forderungen der Gesellen energisch zu vertreten, sollen mit der Hungerpeitsche gelutet werden. Der Obermeister der Hafnerinnung will zwar die Sache ablegen, doch giebt er zu, daß Regeln gegen die „Wannmacher“ geplant seien. Ein anderer Meister indessen hat schon am Tage, nachdem obiger Beschluß gefaßt war, die Sache seinen Gesellen gegenüber ausgeliefert und sogar die Namen der in Wahrgelunden genannt. Die Hafner Nürnbergs werden den gegen sie geführten Streich wirksam zu pariren wissen.

#### Ausland.

**Die gewerblichen Streitigkeiten in Dänemark** sollen in Zukunft einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Das bereits gewählte Schiedsgericht besteht aus 6 Mitgliedern, nämlich je 2 Vertretern der Unternehmer und der Fachvereine, dem Abgeordneten Philippen und dem Direktor Bramsen, der Dänemark auf dem Arbeiterkongresse in Berlin vertrat. Ob das neue Gericht praktische Bedeutung erhalten wird, muß die Zukunft lehren.

**Aus Bukarest** wird uns geschrieben: Im Streik der Emaillearbeiter in der Fabrik J. Kag u. Komp. ist keine Aenderung eingetreten. Das Streikkomitee suchte neuerdings mit dem Fabrikhaber zu unterhandeln, wurde jedoch nicht zugelassen; jedoch versucht dieser Herr, einzelne Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, was ihm aber nicht glückt. Zum Einpaken der fertigen Waaren gelang es dem Fabrikanten, einige Weiber, welche sonst die Zimmerweihlerei betreiben, zu bekommen, welche jedoch gleich ihren Lohn verlangten und austraten, als sie erfuhren, daß gestreikt wird. Die erste Auszahlung der Unterstufung kann diese Woche geschehen; es herrscht eine große Begeisterung unter den Arbeitern und wenn Zugzug von Emaillearbeitern ausbleibt, ist der Sieg gesichert. Allerdings wäre Unterstufung auch vom Auslande nöthig, wenn der Streik sich länger hinzieht. — Der Wuchler sowie Herr Kag selber sollen im Auslande sein, und ist anzunehmen, daß diese unter falschen Namen Arbeiter suchen. Es gilt auch das Verbot, das Geschäft solle in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Genossen! Unter welchem Namen immer Metallarbeiter und Emailleer nach Rumänien gesucht werden, nehmt keine Angebote an. Der erste größere Streik Rumäniens, welcher von Organisationen geleitet ist, er soll mit unserem Siege enden. Adresse des Streikkomitees: Club Muntitorilor, Strada Doamnei 7, Bukarest.

Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.  
Für den Eisen- und Metallarbeiter-Verein Rumäniens:  
G. Klaus, Schriftführer.

### Soziales.

**Der Verband sächsischer Orts-Krankenkassen** hielt jetzt in Döbeln seine Jahres-Versammlung ab. Zur Zeit gehören der Vereinigung 197 von den 574 sächsischen Kassen an. Es wurden unter anderen folgende wichtigere Beschlüsse gefaßt: Dem Reichstags-tage soll eine Petition unterbreitet werden, dahingehend, daß in Zukunft in jedem Ort nur eine allgemeine Orts-Krankenkasse zugelassen und der Neugründung von Betriebs- und Innungskassen die behördliche Genehmigung verweigert werde. Die Dienstboten sollen durch landesgesetzliche Bestimmungen der Kranken-Versicherungspflicht unterworfen werden, damit für sie im Falle der Krankheit besser gesorgt ist als jetzt.

Weiter beschloß man, bei den Behörden vorstellig zu werden, daß der letzte Absatz in den Regulativen zum Unfallversicherungsgesetz — die Wahlen der Arbeitervertreter zu den Schiedsgerichten betreffend — folgende Fassung erhält: „Die Stimmzettel werden an die Kassen eines Wahlbezirks an ein und demselben Tage ausgegeben. Spätestens nach Ablauf von sechs Wochen nach Empfang des Stimmzettels ist letzterer portofrei an den Schiedsgerichts-Vorsitzenden einzusenden.“

**Kohlenoxyd-Vergiftungen.** Die Zahl der Unglücksfälle, die durch Vergiftung mit Kohlenoxyd verursacht werden, ist bedeutender, als gewöhnlich angenommen wird. Während die Unfälle durch zu frühzeitiges Schließen der Ofenklappen in der letzten Zeit abgenommen haben, weil infolge baupolizeilichen Verbotes diese Vorrichtungen an Ofen seltener geworden sind, haben die gewerblichen Vergiftungen durch Kohlenoxyd zugenommen. Von den 273 Personen, die im Jahre 1895 in Preußen infolge von Einathmung giftiger Gase (im wesentlichen durch Kohlenoxyd) gestorben sind, kamen nur 16 durch Selbstmord an, während 257 durch Vergiftung starben.

Die Zahl der in öffentlichen Heilanstalten in Preußen wegen Vergiftung durch Kohlenoxyd behandelten Personen betrug in den drei Jahren 1890—91 zusammen 199 (131 männliche und 68 weibliche); die Zahl der dieserhalb im Jahre 1895 Behandelten betrug 92 (56 männliche und 36 weibliche). Von diesen 92 starben infolge der Vergiftung 25. 8 von ihnen waren Bergarbeiter, die bei „Grubenbrandwettern“ verunglückten; 2 männl. und 2 weibl. Hüttenarbeiter erkrankten beim Hüttenbetriebe von Hochofengasen, 4 Arbeiter infolge des Aufstellens von Kesselförben auf Neubauten, 1 Heizer bei der Bedienung einer Dampfmaschine, 1 Ziegelei-Arbeiter infolge Schlafens auf dem Ofen.

Diese Unfälle würden gewiß ebenso abnehmen, wie die durch Schlaf der Ofenklappen verursachten, wenn beim Vergiftung, in Hüttenwerken, Schmelzereien, auf Bauten u. d. zur Verhütung der Kohlenoxydvergiftung strengere Bestimmungen erlassen und ihre Durchführung besser kontrollirt würde.

**Ein internationaler Kongreß** zur Erörterung der Frage für Arbeiterwohnungen tagt im Juli in Brüssel. Die belgische Regierung nimmt an ihm theil, und zahlreiche Anmeldungen sind aus Deutschland, England, Frankreich, Belgien und der Schweiz erfolgt.

### Unternehmer-Verbände.

Die „Vereinigten Zimmermeister“ Düsseldorf (Zimmung) wenden sich durch Artikel an ihre Kollegen in Rheinland, Westfalen, Hessen-Rassau und Hannover und fordern sie auf, sich in Zimmungen zu vereinigen. Diese sollen dann zu einem Verbands über ganz Deutschland zusammentreten.

„Der Zweck des Verbandes“, so heißt es in dem Schreiben, „soll ein festes Zusammenhalten sämtlicher Meister zur Wahrung aller gemeinsamen Interessen sein, und da, wo ein Streik besteht oder ausbrechen droht, soll der Verband einschreiten, die Angelegenheit prüfen und thunlichst dauernd regeln. Ist der Streik berechtigt, so soll eine Einigung zu erzielen versucht werden. Dagegen aber soll gegen eine un-berechtigte Forderung seitens der Gesellen mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln vorgegangen werden. Den Streikbewegungen kann nur dann mit Erfolg begegnet werden, wenn keiner der Streikenden an irgend einer Stelle wieder Arbeit findet.“

Es ist gewiß nichts dagegegen einzuwenden, wenn die Unternehmer sich organisiren; diese Organisation aber dann allein entscheiden zu lassen über die Berechtigung oder Nicht-berechtigung von Arbeiterforderungen ist durchaus unangängig. Das ist nur durch unabhängige Schiedsgerichte (Einigungsämter) unter Mitwirkung beider Theile möglich.

**Ein Verband süddeutscher Baugewerkmeister** ist vor kurzem in Stuttgart gegründet worden. Dieser neu geschaffenen Organisation sind nach vorliegenden Berichten in Bau-Jahrbüchern in Württemberg bereits 180 Baustrimmen, welche gegen 8000 Arbeiter beschäftigen, beigetreten. Auch sind Verhandlungen eingeleitet, um die Angliederung der Baugeschäfte in Baden, Bayern und Elsaß-Lothringen an den Verband zu bewirken. Wie es heißt, ist der Verband ins Leben getreten, und die Interessen der Unternehmer gegenüber der organisirten Arbeitererschaft zu wahren und einen billigen Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen anzustreben. Wie dieser Ausgleich beschaffen ist, wissen wir.

### Der Krieg.

**Auf Cuba.** Aus New-York wird gemeldet: Das Gerücht von einer Schlacht bei Santiago, die gestern stattgefunden haben soll, wird amtlich für falsch erklärt. Nach aufgefundenen Depeschen Cervera's sind, wie aus Playa del Este gemeldet wird, Lebensmittel und Munition in Santiago sehr knapp, letztere werde bald aufgebraucht sein. Seit Tagen schon war es der amerikanischen Flotte nicht möglich, die Batterien am Eingange des Hafens zum Feuern zu veranlassen, obgleich sie sehr nahe heranging.

Wie ein Telegramm aus Playa del Este vom 28. Juni meldet, glaubt man dort, daß Garcia mit 3000 Mann zurück nach dem Westen von Santiago gelangt werden wird, um sich dem Vornach des spanischen Generals Pando, der Santiago entsetzen soll, entgegen-zusetzen.

Eine weitere Nachricht aus Playa del Este vom 1. Juli, vorm. 11 Uhr 20 Min., besagt, daß der allgemeine Angriff zu Lande und zu Wasser auf Santiago in vollem Gange ist. Der „Besubus“ hat mit gutem Erfolge aus Dynamitkanonen geschossen. Auf der ganzen Linie tobt erbitterter Kampf.

General Lawton's Division hat Cabano, einen Vorort von Santiago, besetzt. Die Flotte bombardirt das Fort Morro und die anderen Forts am Eingang des Hafens von Santiago. Die spanische Flotte feuert auf die amerikanischen Truppen, die schon ganz nahe an die Stadt herangekommen sind.

Aus Madrid wird über die angeklagt für Spanien günstige Schlacht bei Santiago berichtet: Es verlautet, die Regierung habe ein wichtiges Telegramm über eine Schlacht bei Santiago erhalten, deren Ausgang für die Spanier günstig sei. Das Gerücht wurde indeß bis jetzt nicht bestätigt.

**Von den Philippinen.** Der Madrider Korrespondent der „Admiral's Zeitung“ theilt eine Meldung aus Hongkong mit, wonach Aguinaldo, durch seinen Triumph übermüthig geworden, volle Unabhängigkeit sowohl von Deutch als auch von Europa, Japan und China verlangt. Wie es in der Meldung weiter heißt, ist die amerikanische Expedition noch nicht vor Manila angekommen.

Aus San Francisco wird telegraphirt: Es befinden sich nunmehr 470 Offiziere und 10 404 Mann auf dem Wege nach Manila.

**Im Kanal von Suez.** Der amerikanische Konsul in Port Said hat 20 000 Tonnen Kohlen gekauft, um sie den Amerikanern Sampson und Schley zur Verfügung zu stellen.

Die ägyptische Regierung hat die Lieferung von Kohlen für das spanische Geschwader verboten, mit Ausnahme einer Quantität, welche es dem Geschwader ermöglicht, die spanischen Küsten wieder zu erreichen. Die spanischen Schiffe dürfen indessen Kohlen aus ihren eigenen Kohlenhöfen übernehmen. Diese Kohlen-übernahme hat bereits begonnen, nachdem die „Isla de Luzon“ mit einer Ladung Kohlen für das Geschwader hier eingetroffen ist. Das Geschwader wird noch die Ankunft zweier anderer Kohlen-schiffe abwarten, bevor es die Fahrt durch den Kanal auftritt. Die spanischen Torpedoboote werden bis auf weiteres hier bleiben.

**Die Beendigung des Krieges** befürwortet der Bischof von Barcelona, während der Bischof von Segovia einen Erlaß für Fortsetzung des Krieges veröffentlicht. Auch die Handels-lammer in Barcelona richtete ein Schreiben an die Regierung, in welchem um Abschluß des Friedens gebeten wird. — In einem Manifest des Central-Komitees der sozialistischen Partei heißt es, es wäre Thorheit, den Krieg fortzusetzen; die Arbeiter wünschten Frieden.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Daag, 1. Juli.** (W. Z. B.) Die Erste Kammer nahm mit 82 gegen 18 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die persönliche Militärpflicht an.



eingebrachten Gesetze über den Arbeitskontrakt und über die Unfallversicherung zum Abschluss zu bringen suchen wird. Die arbeitenden Klassen und die sozialistische Arbeiterpartei Belgiens fordern die Zwangsversicherung und Unfallversicherung nach deutschem Muster. Der staatliche obere Industrie- und Arbeiterrat hat nach langen Debatten sich ebenfalls für die Zwangsversicherung nach deutschem Muster ausgesprochen. Die Grohndustriellen und die Führer der Rechten in der Kammer haben jedoch entschieden gegen die Staatseinkommensstellung genommen. Infolge dessen hat das Ministerium eine Schwenkung vollzogen. Sein eingebrachtes Gesetz bestimmt kurzweg, daß bei jedem Betriebsunfall, welches auch sein Anlaß sein mag, der Beschädigte Arbeiter die Hälfte seines Tagelohnes zu erhalten hat. Mit dieser Regierungsvorlage sind aber weder die Arbeitgeber noch die Arbeiter zufrieden, und es wird auch in der Kammer zu einem heftigen Kampfe zwischen den Anhängern und Gegnern der deutschen Unfallversicherung kommen.

### England.

London, 30. Juni. Bei der Erbschaftswahl in Durham für das verstorbenen radikale Mitglied des Unterhauses Fowler wurde der Unionist Elliot mit 1167 Stimmen gewählt, während sein Gegenkandidat, der Radikale Boyd, 1102 Stimmen erhielt.

### Afrika.

Aus dem Kongostaat wird nach Dr. K. S. I unter dem 30. Juni berichtet: Mehrere hundert Anstaltsgefangene am Tanganjika-See die Kolonne des Lieutenants Chargois an, welche 177 Mann stark war. Chargois mußte sich auf seine Reserven zurückziehen, ergriff aber mit deren Hilfe wieder die Offensive und zerstreute die Anstaltsgefangenen vollständig. Dieselben hatten 26 Tote und 50 Verwundete, während die Truppen des Kongostaates nur 5 Tote und 27 Verwundete verloren. Lieutenant Chargois erhielt einen Schuß in die Achselhöhle.

## Wahlbetrachtungen.

### In der Wahlkreisgeometrie

Haben es ja unsere öffentlichen Landräthe zu einer gewissen und zwar durchaus berechtigten Verärglichkeit gebracht. Bekanntlich versteht man unter diesem Begriff das Zusammenlegen von Wahlbezirken derart, daß die Wähler von Ortschaften, die im Grunde oppositioneller Gesinnung sind, weit über Land sehr weite Strecken zum Wahllokal zurücklegen haben, wodurch dann so mancher gezwungen wird, auf sein Wahlrecht ganz zu verzichten, da er die ihm durch die große Zeitverwahrung erwachsende materielle Schädigung nicht tragen kann. Es giebt aber noch eine andere Art Wahlkreisgeometrie, und zwar gerade entgegengesetzter Art, und die scheint namentlich in Sachsen, dem gelobten Lande der Reaktion, im Schwange zu sein. Hierbei handelt es sich um die Bildung von möglichst kleinen Wahlbezirken. Es liegt auf der Hand, daß in einem Wahlbezirk von etwa einem Dutzend oder wemöglich noch weniger Wählern von einem wirklichen Wahlgeheimnis, wie es die Verfassung gewährleistet, nicht mehr die Rede sein kann. Der Wahlvorsteher, der in solchen Fällen gewöhnlich mit dem Gutsherrn identisch sein wird, hat die Möglichkeit, die Stimmenabgabe „seiner“ Angehörigen und Arbeiter genau zu kontrollieren, und wehe dem, der dann einen anderen wählt, als der „Herr“ es wünscht. Um solche Vorurtheile zu vermeiden, schreibt das Wahlreglement vor, daß, wenn auch der Regel nach jede Ortschaft einen Wahlbezirk für sich bildet, doch einzelne bewohnte Wohnungen und kleine, sowie solche Ortschaften, in welchen Personen, die zur Bildung des Wahlvorstandes geeignet sind, sich nicht in genügender Anzahl vorfinden, mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt werden. Eine unzureichende Zahl von Wählern, die zur Bildung des Wahlvorstandes geeignet sind, sich nicht in genügender Anzahl vorfinden, mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt werden. Eine unzureichende Zahl von Wählern, die zur Bildung des Wahlvorstandes geeignet sind, sich nicht in genügender Anzahl vorfinden, mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt werden. Eine unzureichende Zahl von Wählern, die zur Bildung des Wahlvorstandes geeignet sind, sich nicht in genügender Anzahl vorfinden, mit benachbarten Ortschaften zu einem Wahlbezirk vereinigt werden.

Wie wenig jedoch dieser Vorwurf des Wahlreglements genügt wird, dafür ein praktisches Beispiel. Wir greifen den 18. sächsischen Wahlkreis Widaun heraus, in dem bekanntlich unser Genosse Stolle im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit (mit 18302 von 30367 gültigen Stimmen) gewählt worden ist. Vorweg muß bemerkt werden, daß Stolle auch in den ländlichen Wahlbezirken eine große Zahl von Stimmen, in den größeren sogar fast durchweg die Mehrheit erhalten hat. Wir führen nun hier, um die Liste nicht zu lang werden zu lassen, zur Vergleichung die Wahlbezirke mit weniger als 40 Wahlberechtigten auf; die erste Zahl ist die der eingeschriebenen Wähler, die zweite zeigt die für den Kartellkandidaten Biede und die dritte die für Genossen Stolle abgegebenen Stimmen an:

Ortschaft	Wähler	Biede	Stolle
Gulsten	20	14	1
Thonhausen	18	13	2
Großdorf	14	13	—
Hartmannsdorf	26	12	1
Silbersdorf	9	9	—
Kleinberndorf	38	19	2
Leuzfeld	9	8	1
Liebig	16	11	2
Lothig	9	9	—
Riebra	9	8	—
Oberalbertsdorf	32	23	—
Bösdorf	14	13	—
Rückersdorf	16	14	2
Witzsch	87	11	3
Helmstedt	30	19	4
Schneppendorf	21	18	—

Wer wollte wohl behaupten, daß diese Wahlergebnisse der natürlichen Meinung der Wähler entsprechen? Nur selten mag es unter solchen Umständen ein Wähler durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels seine Stellung aus Spiel zu setzen; und in den kleinsten Bezirken kann er nicht einmal Wahlenthaltung üben, sondern da wird vielfach der letzte Mann mit Gewalt für den Ordnungskandidaten an die Wahlurne geschleppt, vor der der Herr Ortsvorsteher und die Herren Gemeindevorsteher als Wahlvorstand strengste Wache halten.

Unsere Genossen sollten in ihren Wahlkreisen auch auf diese Seite der indirekten beherrschenden Wahlbeeinflussung genau acht geben. Es wäre auch ganz angebracht, wenn wieder einmal der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages Gelegenheit gegeben würde, sich darüber auszusprechen, wie der Begriff der „kleinen Ortschaften“ in § 7 des Wahlreglements anzulegen ist und ob eine gründliche Verlegung dieses Paragraphen nicht event. zur Ungültigkeitserklärung einer Wahl führen kann.

### Den „Handlanger“ ins Stammbuch.

Der Frankf. Ztg. und ähnlichen Reaktionsblättern empfehlen wir zur freundlichen Beachtung die folgende Ausführung der linksfreisinnigen „Breslauer Morgenzeitung“:

Die sozialdemokratischen Führer hatten auf weit stärkeren Mandatszuwachs gerechnet und sie hätten denselben zweifellos auch erzielt, wenn die Freisinnigen nicht in sehr vielen Wahlkreisen direkt oder indirekt die rechtsstehenden Kandidaten — und darunter sogar extrem Konserervative — unterstützt hätten.

Doch wir auf weit stärkeren Mandatszuwachs gerechnet hätten, ist nicht richtig. Aber im übrigen stimmt die Bemerkung des Breslauer Blattes durchaus, wenn sie auch denen um Richter und Sonnemann nicht angenehm klingt.

### Aus Hessen.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen in den 9 Kreisen des Großherzogthums Hessen zeigt dasselbe Gepräge, wie das Gesamtbild der Wahlen im Reich: Starke Anwachsung der sozialdemokratischen Stimmen im ersten Wahlgang und Abjagung der Mandate in der Stichwahl durch die Koalition der gemäßigten Parteien, die sich früher bis aufs Messer bekämpften. Es wurden abgegeben sozialdemokratische Stimmen im ersten Wahlgang:

Kreis	1898	1898	1898
1. Dieffen-Ridda	2833	4405	+ 1642
2. Friedberg-Wüdingen	2453	4204	+ 1751
3. Alsfeld-Lanterbach	604	809	+ 205
4. Darmstadt-Groß-Verau	5997	8013	+ 3016
5. Offenbach-Dieburg	11063	13404	+ 2341
6. Bensheim-Erbach	1581	3279	+ 1698
7. Worms-Heppenheim	2296	2603	+ 367
8. Bingen-Algen	1798	1071	- 997
9. Mainz-Oppenheim	8965	10064	+ 1099
Zusammen	37519	48942	+ 11423

Wir haben also, mit Ausnahme von Bingen-Algen, in allen Wahlkreisen eine stätliche Stimmzunahme zu verzeichnen. Der Rückgang in Bingen-Algen erklärt sich wohl zum Theil daraus, daß dort mancher uns sonst freundlich gestimmte Wähler sofort für den freisinnigen Reinhard Schmidt eingetreten ist, um ihn vor einer sehr zweifelhaften Stichwahl zu bewahren. Das Zentrum hat sogar seine 3500 Stimmen sofort im ersten Wahlgang für Schmidt eintreten lassen, um auf jeden Fall den nationalliberalen Haas zu Fall zu bringen. Auf diese Weise hat die freisinnige Volkspartei ein Mandat im ersten Wahlgang behauptet, das ihr ohne die Zentrumshilfe sicherlich definitiv verloren gegangen wäre.

Zum Dank dafür sind die Freisinnigen in Mainz in der Stichwahl für den Zentrumsmann eingetreten. Das würde freilich nicht ausgereicht haben, unserem Kandidaten Dr. David, der dort im ersten Wahlgang einen Vorsprung von ca. 2600 Stimmen ge wonnen hatte und in der Stichwahl noch 2000 Stimmen hinzugewann, das Mandat zu entreißen. Das konnte dem Zentrum nur durch ein Handelsgeschäft mit seinen „Todfeinden“, den Nationalliberalen gelingen, die dafür die Zentrumshilfe gegen die Sozialdemokratie in Friedberg-Wüdingen und Bensheim-Erbach einhandelten. Die Nationalliberalen in der Stadt Mainz sowohl wie im Oppenheimer Bezirk, die früher stets Stimmhaltung proklamirt hatten, warfen sich diesmal mit der ganzen Wucht ihrer 5000 Stimmen auf die Seite der Ultramontanen. So haben wir den Kreis, trotz der imposanten, bei keiner früheren Stichwahl von uns erreichten Zahl von 12 004 Stimmen nicht wiedererringen können. Schreitet die Bewegung aber weiter so fort wie bisher, dann wird in fünf Jahren auch die Koalition zwischen Zentrum und Nationalliberalen nicht mehr im Stande sein, uns Widerstand zu leisten. Anerkennung muß noch werden, daß die Mainzer Demokraten im wohlthunigen Gegensatz zu ihren Frankfurter Parteifreunden von vornherein für unseren Kandidaten eingetreten sind. Freilich handelt es sich dabei nur um einige hundert Stimmen.

Infolge der Koalition zwischen Ultramontanen und Kulturkämpfern sind uns denn auch die Mandate der Kreise Bensheim-Erbach und Friedberg-Wüdingen, in denen wir zum ersten Male in die Stichwahl gelangten, verlorengegangen worden. Im ersteren Kreise ist Genosse Rau, der die Odenwälder Kleinbauern dem früheren Abg. Hirschel abgetrieben hat, gegen den nationalliberalen Kreisrath und Genossenchaftsmann Haas mit 2000 Stimmen Widerheit unterlegen. In Friedberg hat Graf Oriola mit einer Mehrheit von circa 3000 ultramontanen und freisinnigen Stimmen das Mandat gegen Gen. Prinz behauptet. Ebenso hat der Reformpartei der Wähler das Mandat des Siehener Kreises, dank nationalliberaler und freisinniger Wahlhilfe gegen Gen. Scheidemann behauptet. Wohl zum letzten Male! Die kräftige Landagitation Scheidemann's hat auch dort die Reichen der antisemitischen Kleinbauernschaft so stark erschüttert, daß es keiner fünf Jahre mehr bedarf, um die antisemitische Herrschaft vollends umzuwälzen.

Gen. Ulrich hat Offenbach zum ersten Male im ersten Anstimm gewonnen. Das hat die heftigen Parteigenossen ganz besonders gefreut und als Genosse Kramer dann noch das Mandat der Residenz Darmstadt in der Stichwahl glänzend eroberte, war auch der Mainzer Mandatsverlust weit gemacht.

Die Sozialdemokratie ist nun auch in Hessen zur stärksten Partei geworden. Bei der Hauptwahl 1898 wurden im Großherzogthum 168 890 Stimmen abgegeben. Davon entfielen die Konservativen 567 = 0,3 pCt., das Zentrum 17 118 = 11,1 pCt., die freisinnigen Gruppen 18 808 = 11,6 pCt., die Antisemitisten 24 200 = 15,7 pCt., die Sozialdemokraten 37 519 = 24,0 pCt. und die Nationalliberalen 55 618 = 38,2 pCt. Bei der Wahl 1898 wurden insgesammt 144 250 Stimmen im ersten Wahlgang abgegeben. Davon kamen auf das Zentrum 18 599 gleich 12,8 pCt., die Antisemitisten 19 400 = 13,5 pCt., die freisinnigen Gruppen 15 302 = 10,5 pCt., die Nationalliberalen (inkl. Bund der Landwirthe) 40 677 = 28,2 pCt. und die Sozialdemokraten 48 925 = 33,9 pCt. Die getrennte Bezeichnung für Freisinnige und Nationalliberale ist jedoch nicht angängig, da sich dieselben diesmal in Mainz und Siegen zu Kompromißhandlungen gesammelt haben. Rechnet man alle „Liberalen“ zusammen, so erhielten sie 1898 insgesammt 74 426 gleich 47 pCt., während sie es im Jahre 1898 nur noch auf 55 970 gleich 38,7 pCt. der abgegebenen Stimmen brachten. Das diesmal vollzogene Bündniß des „liberalen Bürgerthums“ mit der kirchlichen Reaktion bietet eine sichere Gewähr für den weiteren beschleunigten Rückgang des Liberalismus. Uns solts recht sein. Die stärkste Partei sind wir geworden und nun heißt's: stärker werden als alle anderen zusammen genommen!

### Weinungen II.

Die „Freisinnige Zeitung“ kommt in Nr. 148 über die Wahl-agitation der Sozialdemokraten im 2. Weininger Kreis — Sonneberg-Soalfeld. Sie zitiert die „Berliner Zeitung“, in welcher der freisinnige Kandidat Perls das Exzerpt führt. Nun, es ist wohl selbstverständlich, daß Herr Perls mit der bekannten „Wahrheitsliebe“, welche die Weininger besonders schätzen lehren, die Agitation schildert. Thatsache ist, daß wohl kaum in einem andern Wahlkreise so mit Verdrehungen, Unwahrheiten und Entstellungen gearbeitet worden ist, wie seitens des „demokratischen“ Kandidaten Perls. Entbildete sich doch dieser Herr nicht, in einer Sonneberger Volkerverammlung zu sagen: „Die Sozialdemokraten sind Gegner der Handelsverträge.“ Als ihm durch die fast ausschließlich aus Sozialdemokraten bestehende Versammlung die gebührende Antwort zu Theil wurde, schimpfte der „Wahrheitsliebende Demokrat“ wie ein Kobold. Perls' ganze Agitationsreden waren ein ununterbrochenes Geschimpfe auf die Sozialdemokraten, Zukunftsstaat, Justizhaus, Vaterlandlose u. a. Annummern neben erbärmlichem Geinwieseln um die Stimmen der Nationalliberalen und Bauernbündler.

Die gemeine Lüge, welche die „Sonneberger Zeitung“ über unseren Genossen Reichhaus bezüglich des Staatsraths Ziller in den letzten zwei Tagen vor der Wahl verbreitete, machte sich Herr Perls leichtfertigerweise zu eigen. Dann wundert sich solche Gesellschaft, wenn sie in gebührender Weise behandelt wurde.

Nach den ersten Versammlungen, wo noch so viel Freisinn herrschte, daß eine Diskussion stattfand, merkten die Verfechter des freien Versammlungsrechts, daß sie schlechte Geschäfte machten, denn unsere Genossen zerpländeten die Schimpfereien, sowie die freisinnigen Gelbenhuten nach Noten. Dann gab's nur noch 5 Minuten Redezeit, und als dies auch die Vernichtung der Pressenhelden nicht hinderte, gab's überhaupt keine Redefreiheit mehr. Die Helikopter ging soweit, daß nur noch mit Einlaßkarten gewirksamkeit wurde.

Wenn nun die „Freisinnige“ und „Berliner Zeitung“ schreiben, den demokratischen Perls schilberte man als einen Protvertheurer, Muder und Dunkselmann etc., so sollte doch dieß Zinten-schläger Perls wissen, daß neben ihm noch ein Bauernbündler und ein Antisemit aufgestellt waren. Sollte Herr Perls aber diese Sätze auf sich beziehen resp. glauben, auf sich beziehen zu müssen, so wollen wir uns seiner eigenen Auffassung gern anschließen, denn jeder muß doch am besten wissen, wozin er gehört. Die einsichtigen Weininger Freisinnigen erklärten mehrfach, leider kämpft unser Kandidat Perls mit den schmutzigen Argumenten gegen die Sozialdemokraten. Diesem Urtheil haben wir uns ganz angeschlossen. Perls hat es fertig gebracht, die Stimmen der Freisinnigen von 6875 im Jahre 1898 auf 5870 zurück zu agitieren und dies genügt.

### Aus dem Wahlkreise Schweidnitz-Striegau

wird uns geschrieben: Als Schrittmacher der Reaktion hat sich die freisinnige Volkspartei auch in dem schlesischen Wahlkreise Schweidnitz-Striegau erwiesen. Bei der Hauptwahl erhielten: Freiherr v. Richtig-hofen (Konf.) 10 832; Feldmann (Soz.) 6745 und Goldschmidt (fr. Rp.) 5626 Stimmen. 12 371 freisinnige und sozialdemokratische Stimmen standen gegen 10 832 konervative, nationalliberale und Zentrumstimmen. Die letzteren drei Parteien, die 1898 zusammen 12 287 Stimmen ausbrachten, markirten diesmal von vornherein zusammen. Bei der Stichwahl am 24. Juni er. erhielt Freiherr v. Richtig-hofen 13 251 und Feldmann 9801 Stimmen. Der Freisinn hatte sich gespalten, was umso weniger merkwürdig erscheint, als von einigen schlesischen freisinnigen Organen unverkündet zur Unterstützung der Reaktionäre aufgefordert wurde. In diesem Falle ist dies aber um so schlimmer anzurechnen, als der konervative Kandidat jede bündige Erklärung bezüglich des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts abgelehnt hatte. Das hielt die freisinnigen Mannes-seelen nicht ab, in einzelnen Orten sogar Mann für Mann für den Konservativen zu stimmen. Trotz alledem wäre das Resultat für uns sowohl in der Hauptwahl — seit 1893 haben sich unsere Stimmen um 1881 vermehrt — wie in der Stichwahl noch glücklicher gewesen, wären nicht die Wahlbeeinflussungen an der Tagesordnung gewesen. An einigen Orten gab es Freiber, an anderen wurden die Wähler wie Schafe zur Wahl geführt, so daß sie nur einen dem „Herrn“ genehmen Stimmzettel abgeben konnten. Dann kam es vor, daß durch die Art des Fallens der Stimmzettel eine Kontrolle über die Wähler ausgeübt wurde. All dies wird der Wahlprüfungs-Kommission Gelegenheit zur eingehenden Prüfung geben.

Am schlußmsten war es am Tage der Stichwahl. In Schweidnitz wurde ein Genosse, welcher im Wahllokale der Wahl betwohnen wollte, einfach hinausgewiesen und als Genosse Feldmann dann in das Wahllokal ging, wiederholte sich dieselbe Geschichte. Als er sich aber nicht so leicht entfernen ließ und energisch sein Recht, im Wahllokale zu bleiben, betonte, schickte der Herr Wahlvorsteher zur Polizei. Ein Polizeikommissar und zwei Schulleute erschienen denn auch bald, die den Genossen Feldmann dann wegen Hausfriedensbruchs aufschrieben. Uns kam es recht sein, denn nun wird hoffentlich gerichtliche Entscheidung werden, daß die Wahlvorstände nicht das Recht haben, Wähler aus dem Wahllokale zu weisen. Aus mehreren ländlichen Wahllokalen wurden unsere Genossen ebenfalls ausgewiesen, trotzdem sie mit einer Bescheinigung folgenden Inhalts ausgerüstet waren:

Langenbielau, den 22. Juni 1898.

Dem u. f. w. wird bescheinigt, daß er Wähler zum deutschen Reichstag ist, weder Armenunterstützung bezogen hat noch erhält; ferner sich nicht im Konkurs befindet und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist.

(Folgt Stempel der Amtsverwaltung Langenbielau.)

Obgleich eigentlich der erste Theil der Bescheinigung schon ausreichend ist, paßte es einem unserer Genossen, daß man sagte, die Bescheinigung sei schon gut, aber man wisse doch nicht, ob er (der Genosse) unter Vormundschaft oder Kuratel stehe! An einem Orte hielt man den Stempel sogar für gefälscht und der Wahlvorstand nahm mit dem Genossen ein langes Protokoll auf, wahrheitsgemäß wird er nun eine Klage wegen Urkundenfälschung erhalten. Damit bekommt die Sache schon einen Stich ins Heitere. Deshalb sei hier bezeugt, daß der Wahlvorstand in Striegau in h. h. l. e. seine freie Zeit benutzte, um einen gemüthlichen Stat zu spielen. Etwas weniger freundlich ging es in Silberwitz zu. Dort wurden unsere Stimmzetteldrucker mit der Peitsche vom Wahllokale fortgetrieben. In Willau ging der geistige Kampf unserer Gegner soweit, einem Genossen die Kleider zu zerreißen. In Groß-Bieraue sagte der Pfarrer in einer Verammlung vor der Wahl:

„Wer diesmal einen Sozialdemokraten wählt, wird aus dem Arbeiterverein und der Kirche ausgeschlossen, auch darf er die heiligen Sakramente nicht mehr empfangen.“

Der Amtsvorsteher von Stanowitz, Freiherr v. Richtig-hofen, ein Verwandter des Genossin, sandte an seine Gemeindeglieder Briefe folgenden Inhalts:

„Es ist Pflicht eines jeden patriotischen Mannes, seine Stimme abzugeben gegen die religions- und vaterlandsfeindliche Sozialdemokratie, und einen konigstreuen Mann zu wählen. Ich erlaube mir daher, Sie dringend zu bitten, am 24. bei der Wahl nicht zu fehlen.“

Freiherr v. Richtig-hofen.

Langue Bemerkungen, an diese eine deutliche Sprache redendend Thatsachen zu knipfen, wird überflüssig sein. Nur zu wünschen wäre, daß die Wahlprüfungs-Kommission des neuen Reichstages recht schnell arbeite und wir auch in Schweidnitz-Striegau den freischützlichen Wahlkampf von neuem aufnehmen könnten.

### Aus Posen.

Obgleich die Wahlen längst vorbei sind und es darum keinen Zweck hat unnütze Remonstrationen anzustellen, will ich auf wiederholtes Drängen hin doch versuchen, Ihnen einige Betrachtungen über die „Wahl“ im Posener Kreise zu geben.

Wohl überall im Reiche haben während des Wahlkampfes unsere Genossen unter den Riden und Tiden der Gegner zu leiden gehabt; es kam freilich nicht eine Nummer unserer Zeitungen, in der nicht von groben Verhößen gegen das jedem Staatsbürger gewährte Recht berichtet wurde, indessen unser Wahlkreis hat hierin unbestreitbar den Rekord erreicht. Obgleich der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen hauptsächlich dem Auftreten der sogenannten polnischen Volkspartei zuzuschreiben ist, kann doch nicht geleugnet werden, daß die Verfolgungswuth, unter der unsere Genossen zu leiden hatten, einreis, und dem gegenüber die wüste, an die galizischen Wahlen erinnernde Hege — nicht mehr Agitation — der polnischen Volkspartei, ein gut Theil Schuld mit daran tragen. Was hauptsächlich am Wahl-tage von der genannten Partei hierin geleistet wurde, ist einfach unbeschreiblich. Den Wählern wurden die Stimmzettel aus der Hand gerissen, nachgesehen, und falls er nicht von Muth war, fortgeworfen und zerissen. Dabei ist zu bedenken, daß der polnische Arbeiter einer Behörde gegenüber ängstlich und beängten ist und daß eine mit allerhand Drohungen begleitete Aufforderung, den und den zu wählen, in den meisten Fällen Erfolg hat. Unsere Genossen hatten am ganzen Tage nichts weiter zu thun, als mit den Zettelvertheilern und Aufpassern dieser Partei im Kampfe zu liegen. Sehr oft waren die Vertrauensleute gezwungen, die Hülfe der Wahlvorsteher anzurufen oder durch die Polizei die Namen der betreffenden Personen stellen zu lassen. Und doch konnte hiemit nicht viel erreicht werden, da sie jedes Lokal mit 5 bis 8 Mann oder noch mehr besetzt hatten, und da die Wahllokale in vielen Fällen sich eine Treppe hoch befanden, dieselben sich überall hin vertheilen konnten. Unsere Genossen konnten ein solches Angebot natürlich nicht stellen und so waren wir diesem Treiben gegenüber ziemlich machtlos. Dazu kommt, daß die meisten thätigen Genossen nicht polnisch sprechen können, während 90 pCt. aller Arbeiter Polen und zum großen Theil der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig sind. In einem Lokal beobachteten wir, wie ein Herr ohne Kopfbedeckung zwei Arbeiter groß anfuhr, als ihm ein hofparteiischer Zettelvertheiler mitgetheilt hatte, daß sie Stimmzettel für unseren Kandidaten in der Hand hatten und abgeben wollten. Hierüber entschieden zur Rede gestellt, ließ er von den armen Arbeitern jedoch erst ab, als ihm mit dem Gefängnis gedroht wurde, ging hinein ins Wahllokal und setzte sich — an den Tisch des Wahlvorstandes. In einem anderen Lokal trieb ein kirchlicher Drogenhändler sein Wesen, indem er — stets unter allerhand Drohungen — den Wählern die Stimmzettel einfach aus der Hand riß, fortwarf und ihnen dafür die seinigen einhändigte; auch den Mann ließen wir polizeilich feststellen. Und so ging es nicht etwa in dem einen oder anderen Wahllokal; dies Treiben herrschte in sämtlichen Lokalen, überall die gleiche Methode, und scheint es die „fromme, vornehme“ Volkspartei förmlich organisiert zu haben. Ist noch ein Unterschied zwischen hier und Österreichisch-polnischen Schlägeln-Wahlen? —